



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Der deutsche Bund.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

Der deutsche Bund.

Der Wiener Kongreß.

Als bald nach der ersten Einnahme von Paris waren die Staatsmänner der verbündeten Mächte in Wien zu Beratungen zusammengetreten, in denen über die Verteilung und Neuordnung der den Franzosen wieder abgenommenen Länder und über die Gestaltung der deutschen Dinge entschieden werden sollte; diese Verhandlungen leben in der Geschichte als „Wiener Kongreß“; sie sind von weittragender, leider höchst unerfreulicher Bedeutung für das deutsche Volk geworden.

Eine glänzende Versammlung von regierenden Fürsten und führenden Diplomaten der Mächte, begleitet von einer unübersehbaren Schar ihrer Berater und Gehilfen, hatte sich in der Kaiserstadt an der Donau eingefunden und zeigte durch ihr Leben und Treiben, daß diesen Kreisen der heilige sittliche Ernst des Befreiungskriegs unverstanden geblieben war.

Rauschende Feste jagten sich, Ränke wurden gesponnen, leichtfertige abenteuernde Frauen aus aller Herren Ländern suchten den Herrschaften die Stunden zu kürzen, es wurde gespielt, geliebt, getanzt — und zwischen durch schwere diplomatische Arbeit geleistet. Die war denn auch danach!

Bezeichnend der Zorn und die Verachtung, mit der ein Blücher auf dieses Treiben blickte; er fluchte auf die „Diplomatiker“, die mit der Feder verdürben, was das Schwert erworben!

Opferwillig, zum äußersten entschlossen war das preußische Volk in den Krieg gezogen, hochgemut und siegestolz kehrte es zurück, und diese treuen Söhne ihres Vaterlandes waren überzeugt, daß eine herrliche Zeit kommen müsse, daß Deutschland jetzt geeint werde, daß dem im Kampfe bewährten Volke durch die Fürsten in der Form freier Verfassungen Anteil an der Staatsleitung eingeräumt werde. Ernst Moritz Arndt sang vom deutschen Vaterlande, das so weit sei, wie die deutsche Zunge klinge; Max von Schenkendorf jubelte der Heimat zu:

„Wie mir deine Freuden winken
Nach der Knechtschaft, nach dem Streit,
Vaterland ich muß versinken
Hier vor deiner Herrlichkeit“;

er und die andern begeisterten Sänger der Freiheitskriege wurden nicht müde, im Lied nach dem deutschen Kaiser zu rufen.

Eine grausame Enttäuschung wartete auf alle diese waderen Männer, auf alle, die eine bessere politische Zukunft des Vaterlandes als Folge des glorreichen Krieges erhofften.

Es zeigte sich, daß die führenden Staatsmänner Österreichs, Rußlands und Englands, denen sich bald die Vertreter des wieder eingesetzten Königs Ludwig XVIII. von Frankreich anschlossen, in der Niederwerfung Napoleons eine solche der Revolution erblickten, daß sie als höchstes Ziel die Niederhaltung des „revolutionären Geistes“ ansahen und daß sie bald jede freiheitliche Volksregung als Ausfluß dieses gefährlichen Geistes betrachteten. Damit war den Hoffnungen auf die innere freiheitliche Neugestaltung der wichtigsten deutschen Staaten vorläufig der Todesstoß versetzt, und ähnlich erging es den auf die Neubildung eines starken einigen Deutschland gerichteten; hier waren die englischen, russischen und französischen Diplomaten die Totengräber, da sie nicht zulassen wollten, daß im Herzen Europas ein mächtiger deutscher Staat ersthe.

Preußen war auf dem Kongreß bald vereinsamt und konnte angesichts der geschlossenen Haltung aller andern nicht wagen, es auf einen Bruch ankommen zu lassen.

Stein, der übrigens ohne amtlichen Auftrag in Wien weilte, und seine Leute waren empört und verzweifelt; der gewandte Hardenberg erlebte Abweisung auf Abweisung, er konnte nicht einmal durchsetzen, daß das besiegte Frankreich das Elsaß wieder herausgeben mußte.

Das Ergebnis dieses traurigen „Wiener Kongresses“ war in der Hauptsache, daß Preußen die heutige Rheinprovinz, Teile Westfalens und Sachsens und die Provinz Posen, sowie die letzten bisher schwedischen Teile Pommerns mit der Insel Rügen erhielt; Österreich bekam alle seine von Napoleon abgerissenen Lande zurück und außerdem Venedig und Salzburg. Rußland behielt seine polnischen Eroberungen, abgesehen von dem an Preußen abgetretenen Posen, und bildete ein Königreich Polen mit der Hauptstadt Warschau.

Das frühere österreichische Belgien und die Generalstaaten wurden als Königreich der Niederlande vereinigt und dem Hause Nassau-Oranien erblich verliehen, dem auch das Großherzogtum Luxemburg zugeweiht ward.

In allen Staaten, wo Napoleon die Fürsten verjagt und entthront hatte, wurden die alten Herrscherhäuser wieder eingesetzt; Frankreich selbst kam glimpflich durch; es hatte eine Kriegsentschädigung zu zahlen und behielt sogar das Elsaß und Lothringen, das ihm im Frühjahr 1814 durch den ersten Pariser Frieden belassen worden war.

Das glänzendste Geschäft machte das geschäftsgewandte England: es hatte während der napoleonischen Kriege zur See fortgesetzt mit Glüd gekämpft und Frankreich, sowie den ihm zeitweilig zwangsweise einverleibten Kolonialstaaten Spanien, Portugal und den Niederlanden eine Reihe wichtiger Gebiete über See abgenommen; diese behielt es jetzt zum großen Teile, vor allem in Südafrika das Kapland und in Europa die wichtigen Inseln Malta und Helgoland; durch die Niederlage der Franzosen zur See hatte es jetzt geradezu seine alleinige Seeherrschaft aufgerichtet.

An dem Ergebnis des Wiener Kongresses änderte auch die zweite Niederwerfung Napoleons nach den „100 Tagen“ nichts; die Wünsche der Besten blieben unerfüllt, und es hatte auch hinsichtlich der innerdeutschen Verhältnisse sein Bewenden bei dem, was in Wien bestimmt worden war.

Das ersehnte deutsche Kaiserreich kam nicht zustande, sondern eine nicht viel bessere Auflage des alten Reiches ohne Oberhaupt, der deutsche Bund: 35 Fürsten und 4 freie Reichsstädte traten zu einer Vereinigung zusammen, die ihnen ihre volle „Souveränität“ (Selbstherrlichkeit) ließ und die sie nur zu gewissen engumschriebenen gemeinsamen Zwecken (Landesverteidigung, u. ä. m.) zusammenfassen sollte. Der Bund hatte seine dauernde Vertretung im Bundestag zu Frankfurt a. M., der aus den Gesandten der Verbündeten bestand; dort führte der Vertreter Österreichs dauernd den Vorsitz.

Es sollte ein Bundesheer aus den Anteilen der Einzelstaaten gebildet werden, die im Frieden vor allem die Besatzung der Bundesfestungen Mainz, Ulm, Rastatt, Landau und Luxemburg zu stellen hatten.

Die Rheinbundstaaten blieben im großen und ganzen unbehelligt, nur daß Bayern Tirol an Österreich und Sachsen seine nördliche Hälfte an Preußen abgeben mußten; sie traten mit dem Gebietumfang und so in den Bund ein, wie sie durch den Rheinbund geworden waren, also Bayern, Württemberg, Sachsen als Königreiche, Hessen-Darmstadt, Baden, Weimar als Großherzogtümer usw.; Hannover wurde zum Königreich erhoben; Luxemburg zum Großherzogtum. Es genügte nicht, daß der König von England in seiner Eigenschaft als König von Hannover Mitglied des deutschen Bundes war und so jederzeit Einfluß auf die deutschen Dinge nehmen konnte, es wurden auch der König der Niederlande für Luxemburg und der König von Dänemark für die Herzogtümer Schleswig-Holstein Angehörige des Bundes, der sonach drei fremde Staatsoberhäupter mit umfaßte; andererseits blieben die östlichen Provinzen Preußens (Ost-, Westpreußen und Posen), sowie die habsburgischen Kronländer jenseits der Leitha (Ungarn, Kroatien, Slawonien und Siebenbürgen), sowie Galizien außerhalb des Bundes.

Es war klar: die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes auf die

Gestaltung seiner Zukunft in einem starken Staate waren nicht beachtet worden. Der „Deutsche Bund“ war ein Zerrbild eines Staates, dabei ein überkünstliches Gebilde, recht ein Werk unstaatsmännischer Diplomatie, von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt und mit der Mißachtung der Besten belastet.

Mit dieser ungeheuren Enttäuschung aller vaterländisch Gesinnten durch eine solche Regelung der allgemein-deutschen Angelegenheiten war es nicht genug; auch innerhalb der Einzelstaaten fanden die Wünsche der zum Selbstbewußtsein erwachten Bürger kein Gehör, so daß sich eine tiefe Erbitterung ihrer bemächtigte. Dies war vor allem in Preußen der Fall.

Rückschritte.

Noch während des Aufenthalts in Paris nach der zweiten Einnahme hatte Zar Alexander von Rußland den Gedanken einer „heiligen Allianz“ gefaßt und den Herrschern Preußens und Österreichs unterbreitet; sie, die Europa von dem „Ungeheuer Napoleon“ und von den Gefahren der Revolution befreit, wollten sich zusammentun, um nicht nur ihre eigenen Länder nach den „Lehren des Christentums“ zu lenken, sondern auch dahin zu wirken, daß in den anderen Staaten das Gleiche geschehe; vor allem sollten „die Mächte des Umsturzes“ niedergehalten werden. Kaiser Franz, der mit seinen Ratgebern erkannte, daß ein solcher Bund in der Hauptsache die bestehenden politischen Zustände aufrecht erhalten werde, und König Friedrich Wilhelm III., der sich nach all den Stürmen Ruhe wünschte, waren schnell gewonnen. So trat im September 1815 die „heilige Allianz“ ins Leben, und bald schlossen sich die Könige von Holland, Frankreich, Spanien, kurz alle „nicht-revolutionären“ Staatsoberhäupter ihr an. Hatte im Anfang der frömmelnde, dabei aber durchaus unwahrhaftige, stets kalt seinen Vorteil berechnende Zar Alexander die Führung, so übernahm sie bald der Staatskanzler Österreichs Fürst Clemens Wenzel von Metternich.

An sich ein bedeutender Mann, vielseitig gebildet, welterfahren und gewandt, aber vor der Zeit ruheselig und tatenscheu geworden; nur ein Vertreter des Vorteils seines Herrscherhauses, ohne Verständnis für das, was im Volke vorging; zufrieden damit, daß Napoleon gestürzt war und nun eines nur wünschend: Ruhe nach innen und außen. So wurde dieser Mann der böse Geist Deutschlands durch mehr als dreißig Jahre, immer nur bedacht auf die Erhaltung des Bestehenden, das er salbungsvoll als das Gottgewollte, Gute zu schildern wußte; jede Neuerung war ihm verdächtig als „revolutionär“, und bald wurde der geistvolle Lebemann ein träger, gedankenloser Vertreter des Rückschritts, der sein engeres Vaterland Österreich an den Rand des Abgrundes brachte. Nur Ruhe — alles andere war gleichgültig: im Bunde mit der katholischen Kirche brachte

er es schnell dahin, daß alles geistige Leben, das sich in den Stürmen der napoleonischen Zeit auch in den habsburgischen Landen gezeigt hatte, wieder erstarb; ein dumpfer Druck lag auf den Geistern, die Verwaltung wirtschaftete stumpfsinnig und gleichgültig weiter und tat nichts für die Hebung der Bildung, des Verkehrs, des wirtschaftlichen Lebens, — kurz es herrschte die Ruhe eines Kirchhofes, bis der gewaltsame Volksausbruch des Jahres 1848 diesem Geist und Tatkraft mordenden Zustand ein Ende machte.

Franz II. „unser guter Kaiser Franz“ ließ seinen Staatskanzler gerne gewähren; was kümmerte ihn das Volk oder vielmehr seine Völker — wenn nur das „Erzhaus Habsburg“ mächtig blieb; engherzig und kalt sah dieser Fürst auf seine Untertanen herab, die ihm nur zur höheren Ehre Habsburgs da zu sein schienen. Und so stumpf wurden diese Untertanen bald, daß sie zu einem solchen Herrscher mit einer gewissen Liebe, die an Hundetreue grenzte, hinaussahen; erst die Nachkommen haben seinen Unwert erkannt.

Beide, der Kaiser wie der Staatskanzler sahen mit Mißtrauen auf die freiheitlichen Regungen der besten Männer des Volkes in den anderen Ländern des Bundes, besonders in Preußen und Süddeutschland. Unausgesetzt warnten sie dort die Staatslenker vor dem Gift des Umsturzes und mahnten zur Unterdrückung der „der göttlichen Ordnung der Staaten“ drohenden Gefahren. Leider nicht ohne Erfolg.

Was wollten nun diese freieren Geister, was wollten sie besonders in Preußen?

Sie waren durch die französische Revolution, durch den furchtbaren Fall des Vaterlandes, durch die Erhebung der Befreiungskriege zum Selbstbewußtsein erwacht und verlangten ihren Anteil an der Leitung der Geschichte des Landes durch eine Volksvertretung. Die Zeit des „absoluten Regiments“ war vorüber; die Untertanen wollten „Staatsbürger“ werden, und wie in England das Parlament als Vertretung des Volkes die Politik mitbestimmte, so wollten auch diese Männer eine „Verfassung“, in der auf deutschem Boden dem Volke dasselbe gewährt werde.

War dies unrecht? War es verfrüht?

Wer billig denkt, wird nicht verkennen, daß der Wiener Kongreß alle deutschen Staaten innerlich in einem unfertigen Zustande fand; das waren doch zum größten Teil ganz willkürliche Gebilde, die erst durch eine straffe Verwaltung zu lebensfähigen Einheiten zusammengeschweißt werden mußten. Es lag eine Gefahr darin, diese neuen unfertigen Staaten sofort ohne weiteres mit Verfassungen zu begaben, ehe sie innerlich zusammengewachsen waren. Man denke z. B. nur an Preußen, wo die alten hohenzollerischen Erblande, die ganz evangelischen Marken und Ostpreußen,

durch eine lange Geschichte mit dem Herrscherhaus verwachsen, zusammen-
geworfen wurden mit den katholischen, stark mit französischem Geiste
erfüllten Rheinlanden und dem auch katholischen, staatsfeindlichen Posen.
Konnte da schon jetzt eine gedeihlich arbeitende, das Wohl des ganzen
Staates fördernde Volksvertretung gebildet werden?

Insofern ist es richtig, daß die Regierungen vorsichtig verfahren
mußten; sie hätten Schritt für Schritt vorgehen, jede Überstürzung ver-
meiden und den Anteil des Volkes an der Regierung nach und nach er-
weitern können; das hätte die Zustimmung aller ruhig Denkenden gefunden.
Aber unsittlich und unpolitisch war es, einem Volke nach solchen Leistungen
nicht nur bescheidene Rechte vorzuenthalten, sondern eine häßliche Ver-
folgung der freisinnig Gesinnten zu beginnen. Daß das geschehen konnte,
ist die Schuld Friedrich Wilhelms III., und sie brachte es bald dahin, daß
auch die treuesten Deutschen an dem deutschen Berufe Preußens irre
wurden. Er, der König, der seinem Volke gewiß zu unerschöpflichem
Danke verpflichtet war, geriet ganz in das Fahrwasser Metternichs; er
verzichtete auf die selbständige äußere Politik seines Staates und ver-
härtete nach innen sein Herz gegen die berechtigten Wünsche der Besten
seines Volkes. Traurig, daß sein Mißtrauen gegen die überragende Größe
Steins so tief war, daß er den Mann, der für ihn und das Vaterland so
Unermeßliches getan, nicht wieder in seinen Dienst rief; so blieb die Kraft
und Erfahrung dieses politischen Genies ungenutzt.

Traurig war auch, daß der König sein Versprechen nicht einlöste, das
er am 22. Mai 1815 auf Hardenbergs Rat gegeben: die Gewährung
einer Verfassung; wir haben eben gehört, welche Schwierigkeiten einer
solchen in Preußen entgegenstanden — aber es war schlimm, daß das
Volk an dem Worte seines Königs zweifeln lernte. Vergessen schienen
ihm die Tage der Not, des Sturmes und der Erhebung — und wenn nicht
die Verwaltung des Staates durch bedeutende, zum Teil hervorragendste
Staatsmänner das Land innerlich weiter gebracht hätte, wäre der Rest
seiner Regierung ohne Verdienst und Ruhm geblieben.

Zum Unterschiede gegen Oesterreich fanden die Preußen sich nicht
so bald in die Politik der Regierung; eine verbitternde Enttäuschung be-
mächtigte sich vor allem der Gebildeten und wuchs zu schlimmstem Grolle.
Den geistigen Mittelpunkt für die Bestrebungen nach einem einigen deutschen
Vaterlande bildeten die Universitäten; zahlreiche bedeutende Hochschul-
lehrer, besonders im Südwesten, dann in Jena und Gießen traten offen
für die Forderung nach Verfassungen ein; unter den Hochschülern bildete sich
die „Burschenschaft“, die sich in den Dienst des Einheitsgedankens stellte.

Jahn pflegte in seiner Turnerschaft dieselben Gesinnungen. Beide,
Turner wie Burschenschaften, legten sich die schwarz-rot-goldenen Farben
bei, angeblich diejenigen des alten Reiches, und trugen sie an Sännen,

Bändern, Binden zur Schau, um sich als Anhänger des ersehnten neuen Reiches kenntlich zu machen.

Es ist nun richtig, daß in den Kreisen der Burschenschaft und Turner manches Überschwängliche geschah, auch manches unbedachte Wort gesprochen wurde, daß mancher schreibende und lehrende Professor übers Ziel hinausschoß; es soll auch nicht geleugnet werden, daß besonders im Südwesten die Nachbarschaft Frankreichs und die dortigen geistigen Strömungen ihre für die deutschen Verhältnisse nicht eben förderliche Wirkung übten. Aber, was auch gefehlt wurde, die Männer und Jünglinge, die im Überschwang des Freiheitsdranges sich einmal überschlugen, waren doch treue Söhne ihres Volkes, keine Hochverräter.

Da geschah etwas, was Metternich eine Handhabe zu ungescheutem Einschreiten bot: der Student Sand erstach in Mannheim den russischen Staatsrat von Kozebue, einen deutschen Lustspielschreiber, der im Verdacht stand, russischer Spion zu sein (1819). Obwohl nun Sand die Tat allein ausgeführt hatte und ohne Mitwisser und Helfer war, wurde behauptet, daß sie ein Ausfluß der „demagogischen Umtriebe“ sei, daß Verschwörungen bestünden, deren Träger die Burschenschaften und die Turner seien. In Karlsbad traten die Minister unter Metternichs Vorstoß zusammen und beschloßen eine strenge Überwachung der Hochschulen, Verbot der Burschenschaft, Verbot des Turnens und strenge Zensur (Aufsicht und Nachprüfung) für Zeitungen und Bücher; es wurde eine besondere Behörde zur Überwachung und Bekämpfung der „demagogischen Umtriebe“ eingesetzt, die „Zentral-Untersuchungs-Kommission“ mit dem Sitz in Mainz. Der Bundestag genehmigte diese Ministerbeschlüsse, und Preußen beeilte sich, sie auszuführen; das Unglaubliche geschah: der treue E. M. Arndt — jetzt Universitäts-Professor in Bonn — durfte nicht mehr lesen; der Turnvater Jahn wurde nach Greysburg a. d. U. verwiesen und dort polizeilich beobachtet; ja noch mehr, der Schöpfer des neuen Preußen, der gewaltige Freiherr vom Stein wurde als verdächtig überwacht, sogar Gneisenau galt als „Demokrat“.

Das konnte geschehen knapp vier Jahre nach der Schlacht bei Belle-Alliance.

Einige Mittelstaaten hatten inzwischen Verfassungen eingeführt. Zuerst noch im Jahre 1816 Sachsen-Weimar unter Karl August, dann Bayern auf Betreiben des ehrlich deutsch gesinnten Kronprinzen Ludwig, und Baden (beide 1818), sowie Württemberg 1819. Dort wurde also den polizeilichen Verfolgungen durch die Volksvertretung die Spitze abgebrochen; Preußen aber hatte noch keine einheitliche Volksvertretung, und dort konnte eine gehässige, verbitternde, kleinliche „Demagogen-Riecherei“ entstehen, die heute lächerlich wirkt, damals aber die besten Männer mit Recht tief erbitterte.

Die mittelstaatlichen Verfassungen waren englischen und französischen Mustern nachgebildet; sie schufen als Volksvertretung Landtage oder Landstände in zwei Kammern, von denen das Unterhaus unter dem Namen zweite Kammer oder Landtag (im engeren Sinn) vom Volk gewählt wurde, während das Oberhaus als erste Kammer (in Bayern: Reichsrat) aus dem alten hohen Adel, den Vertretern des großen Grundbesitzes und ernannten Vertrauensmännern der Krone bestand. Zum Zustandekommen von Gesetzen war die Übereinstimmung beider Kammern und der Krone erforderlich; die Regierung wurde von verantwortlichen Ministerien geführt.

Hier hatten also die Wünsche des Volkes ein Sprachrohr; und es war trotz mancher Bestimmung, die der deutschen Entwicklung fremd war und den deutschen Verhältnissen nicht entsprach, doch gegenüber dem früheren Zustand ein gewaltiger Fortschritt: in diesen Staaten hatte die führende Schicht es durchgesetzt, daß die „Untertanen“ nun „Staatsbürger“ geworden waren.

Nun war es ein unendlicher Schaden für die deutsche Einheitsbewegung, daß in Preußen ein solcher Fortschritt nicht gemacht wurde, auch nicht vorsichtig und tastend; die Regierung fürchtete eine Volksvertretung des ganzen Landes und schuf nur „Landtage“ für die einzelnen Provinzen mit engen Befugnissen. Das war nichts Halbes und nichts Ganzes, und hatte zur Folge, daß der deutsche Zukunftsstaat Preußen in Süddeutschland bald als rückständig galt und seine Anziehungskraft für die freiheitlich Gesinnten verlor.

Das unstaatsmännische Zaudern der Regierung in der Verfassungsfrage sollte schlimme Früchte zeitigen.

Die wirtschaftliche Einigung; der Zollverein.

Während Preußen in der Frage der inneren freiheitlichen Ausgestaltung des Staates in verhängnisvoller Weise versagte und in derjenigen der politischen Einigung Deutschlands, ebenso wie in der auswärtigen Politik unter Metternichs Einfluß auf jede selbständige Betätigung verzichtete, gelang ihm für die wirtschaftliche Einigung ein großer Wurf, der die Fähigkeiten und die Kenntnisse des hohen Beamtentums in hellstem Lichte erscheinen läßt und ein unvergängliches Verdienst der führenden Männer bildet.

Als man erkannte, daß der Wiener Kongreß die politische Einheit des ganzen deutschen Volkes nicht bringen werde, entstand die Frage, ob nicht zum wenigsten ein größeres einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen werden könne, um die Entfaltung der deutschen Volkswirtschaft zu ermöglichen.

Wir wissen, daß der Bund aus 35 selbstherrlichen Staaten und vier

freien Reichsstädten bestand; jeder Staat hatte sich nicht nur mit Zollschranken von den anderen abgeschlossen, sondern bei manchen bestanden noch Binnenmauten. Es war klar, daß dabei Handel und Gewerbe nicht gedeihen konnten; insbesondere wurde dadurch die Entwicklung der Industrie unterbunden und andererseits dem Schmuggel an den zahl- und endlosen Grenzen Tür und Tor geöffnet.

Die wirtschaftlichen Kräfte dieses fleißigen Volkes konnten in großem Maßstabe erst nutzbar gemacht werden, wenn ein großes einheitliches Zollgebiet entstand, in dem alle Binnenmauten beseitigt waren und das dem Zoll-Ausland gegenüber durch leicht zu überwachende Grenzen abgeschlossen wurde.

Den wissenschaftlichen Vorkampf für einen solchen „Zollbund“ eröffnete der Schwabe Friedrich List, ein Sohn der württembergisch gewordenen Reichsstadt Reutlingen. Ein Mann von glänzender Begabung, ein Gelehrter von tiefem Wissen, ein Schriftsteller von hinreißender Schreibweise, ein leidenschaftlicher Deutscher durch und durch, dabei von praktischem Sinn und selbst wirtschaftlich erfahren — alles in allem einer der besten Söhne Deutschlands und bis heute sein größter Lehrer der Volkswirtschaft (Nationalökonomie).

Er gründete den „deutschen Handelsverein“, dessen geistiger Führer er wurde, und flürte in rastloser Arbeit durch Vorträge und Aufsätze die beteiligten Kreise über die Wichtigkeit eines größeren Wirtschaftsgebietes auf. Der weitschauende Mann fand bei seiner Wirksamkeit solche Widerstände, daß er sich tief enttäuscht dem öffentlichen Leben abwandte und nach Amerika übersiedelte. Von da (1841) zurückgekehrt, entfaltete er in seinem alten Vaterlande eine unermüdliche Tätigkeit, um den Bau der ersten Eisenbahnen zu ermöglichen. In seinem ausgezeichneten Buche über „das nationale System der politischen Ökonomie“ brach er, gestützt auf Erfahrungen, die er in Amerika gesammelt hatte, mit der englischen Lehre vom Freihandel; er verlangte zur Förderung der einheimischen Unternehmungen Schutzzölle, und sein klarer Geist sah die Notwendigkeit eines größeren Zollgebietes und verfocht sie mit unwiderleglichen Gründen. Die Mitlebenden haben dies Genie im Stich gelassen, so daß er, in seinen großen Entwürfen enttäuscht, sich selbst den Tod gab. Heute weiß unser Volk, daß der Begründer des deutschen Handelsvereins zu seinen fruchtbarsten Geistern zu rechnen ist.

In Baden vertrat der hochbegabte, verdienstvolle Geheimrat Nebe-
nius den Gedanken eines Zollbundes, und in Preußen erstanden die Staatsmänner, die den Gedanken in die Tat umsetzten: der geniale Finanzminister von Moß und sein unentbehrlicher Mitarbeiter Maaßen. Nach unendlich mühsamen Vorarbeiten, einen Berg von Schwierigkeiten übersteigend, führten sie ihr Werk aus, das für Preußen mit seinem noch

immer zerrissenen Staatsgebiete und seinen schwierigen Grenzen besonders dringend war.

Im Jahre 1818 wurden die Verhandlungen begonnen; zehn Jahre später schloß als erster Mittelstaat das Großherzogtum Hessen unter Führung des Ministers du Thil den Zollbund mit Preußen (1828), dem Kurhessen 1831 folgte. Das treffliche Ergebnis dieser Vereinigung und wirtschaftliche Notstände wirkten dahin, daß 1833 Bayern, Württemberg, die Thüringer Staaten und Sachsen in den „Zollverein“ eintraten; nach und nach schlossen sich Baden, Nassau, Luxemburg, die Reichsstadt Frankfurt und Braunschweig an, und Anfang der vierziger Jahre war ein großes einheitliches Zollgebiet geschaffen, dem das ganze spätere Deutsche Reich Bismarcks (natürlich ohne das damals französische Elsaß-Lothringen), abgesehen von Hannover, Mecklenburg, Oldenburg und den Hansestädten, angehörte; diese Staaten hatten sich zu einer besonderen Zollvereinigung zusammengetan. Ausgeschlossen war die habsburgische Monarchie, die wegen ihrer ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zum Eintritt geeignet war. Großes hatte Moß mit seinen Getreuen geschaffen; klug und geduldig, entgegenkommend und vom preußischen Standpunkte auf manchen Vorteil verzichtend, hat er die Verhandlungen geführt und das Mißtrauen gegen Preußen beseitigt. Dieses Werk lobt seinen Meister und hat die Grundlage für eine schnell einsetzende glänzende Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte unseres Vaterlandes geschaffen, die es rasch zu einem reichen Lande gemacht hat; aber mehr als das: der Zollverein hat auch den Grund zum späteren Deutschen Reiche gelegt — die wirtschaftliche Einigung war die Vorstufe zur politischen!

Das tolle Jahr 1848.

In Frankreich hatte das Regiment des Königs Karl X. sich durch törichte freiheitfeindliche Maßregeln so verhaßt gemacht, daß im Juli 1830 ein neuer Umsturz erfolgte, durch den er verjagt wurde; an seiner Stelle wurde Herzog Ludwig Philipp aus dem Hause Orleans von den beiden Kammern zum König erwählt, und es trat wieder Ruhe ein.

Auch diese französische Bewegung zog ihre Kreise: in Deutschland brachen gleichfalls Unruhen aus, die aber bald gedämpft wurden. So verjagten die Braunschweiger ihren tollern Herzog Karl, an dessen Stelle sein Bruder Wilhelm die Regierung übernahm; in Sachsen und Kurhessen wurden verhaßte Ministerien gestürzt und Verfassungen erzwungen.

Die geistige Erregung aber überdauerte diese kurzen Wirren und gab den freiheitfeindlichen Regierungen von neuem Anlaß zur Verfolgung „hochverräterischer Demagogen“; grausam wurden verdächtige Schriftsteller, Studenten, Politiker verfolgt; zahllose Unschuldige oder politisch

Harmlose wurden eingekerkert, ja manche zum Tode verurteilt. Ein ergreifendes Bild seiner Leiden hat der Mecklenburger Fritz Reuter in seiner „Festungstid“ entworfen; sein Verbrechen hatte darin bestanden, als Student das schwarz-rot-goldene Band getragen und von der Einheit Deutschlands geschwärmt zu haben; dafür wurde er zum Tode verurteilt; zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt, hielt man ihn wirklich jahrelang in Haft, die seine Gesundheit untergrub. Wie ihm ging es vielen andern, die nicht schuldiger waren als er!

Eine schlimme Zeit — häßlicher Erinnerungen voll, eine Schande für die leitenden Staatsmänner jener Tage.

Anders ging es im Ausland; in Spanien, Italien und Polen brachen Empörungen aus, die wir nicht näher betrachten wollen. Doch sei erwähnt, daß infolge der „Julirevolution“ in den katholischen südwestlichen Provinzen des Königreichs der Niederlande, die ehemals habsburgisch gewesen waren, ein Aufruhr entstand. Diese Bewegung ging von Frankreich aus und wurde im Lande von der französisch sprechenden und gesinnten Schicht der Gebildeten getragen; ihr Ziel war die Bildung eines selbständigen belgischen Staates. Man wollte sich von dem jungen Königreich des Hauses Nassau-Oranien, das durch den Wiener Kongreß gebildet worden war, und sowohl das Gebiet der überwiegend reformierten früheren Generalstaaten, wie die rein katholischen Provinzen aus der burgundisch-spanischen Erbschaft des Hauses Habsburg umfalte, losreißen und einen neuen Staat von französisch-liberalem Gepräge schaffen, in dem die flämische Mehrheit der Bevölkerung sich einfach der wallonischen Minderheit fügen sollte. Das Unternehmen gelang, obwohl die Regierung König Wilhelms den Aufstand mit Tatkraft und Erfolg bekämpfte. England und Frankreich mischten sich ein und erwirkten die Anerkennung des neuen selbständigen Königreichs Belgien unter Leopold I. aus dem Hause Koburg (1831).

Im Bunde war wieder Stille eingekehrt; schwer ruhte die Hand der freiheitsfeindlichen Regierungen auf dem Volke; immer anmaßender wagte sich die „Reaktion“ hervor. So in Hannover, wo der neue König Ernst August (im Jahre 1837 nach der Trennung von England zum Throne gelangt) die Verfassung eigenmächtig durch einen Rechtsbruch aufhob; mit Mannesmut erklärten sieben Professoren der Universität Göttingen auf Grund ihres Verfassungseides dieses Vorgehen für rechtswidrig und unverbindlich; sie wurden abgesetzt, zum Teil des Landes verwiesen. Empört bäumte sich die öffentliche Meinung gegen solche offene Gewalt, gegen solchen offenen Rechtsbruch auf; aber der Welfe auf dem Throne Hannovers kümmerte sich nicht darum.

Nach und nach sammelte sich wieder Zündstoff in den Geistern an; immer grimmiger wurde die Volksstimmung, der Riß zwischen Regierungen und Regierten, zwischen Krone und Volk wurde immer tiefer.

In solcher Zeit bestieg in Preußen Friedrich Wilhelm IV. als Nachfolger seines Vaters den Thron (1840—1861), ein Mann, den ein unseliges Geschick zum König bestimmt hatte, und der seinen Staat wie sich selbst unglücklich machte. Ausgestattet mit schönen Geistesgaben; von lebendiger, leider ungezügelter Einbildungskraft; vielseitig gebildet; ein Kenner der Künste und der Geschichte; ein guter Redner — aber ohne Klarheit des Erkennens, ohne Festigkeit, ohne Stetigkeit des Handelns und des Willens, spielerisch seine Gedanken hin und her werfend, heute aufgebend, was er gestern als festen Entschluß verkündet, dabei eitel und rechthaberisch, und ohne Mut vor jedem ernstern Widerstand zurückweichend. Kurz ein Mann, der zu allem taugte, nur nicht zum König, und der zu allem Unheil die Einbildung besaß, als Fürst von Gottes Gnaden erleuchtet zu sein, so daß er keinem Ratgeber entscheidenden Einfluß einräumte.

Er konnte sich, nach seines Vaters letzten, durch die Verfolgung der Freigesinnten getrüben Jahren mit Jubel und Hoffnungen begrüßt, nicht entschließen, seinen Preußen eine Verfassung zu geben, weil er nicht haben wollte, „daß zwischen ihm und seinem Volke ein Stück Papier stehe“. Er erschöpfte seinen Geist in allen möglichen und unmöglichen Plänen; zustande kam aber nichts.

In unendlicher Verehrung erstarb er vor dem alten, edeln Erzhause Habsburg und vor seinem Schwager, dem willensstarken, rücksichtslosen Zaren Nikolaus I. von Rußland; so geriet seine Politik völlig ins Fahrwasser Metternichs, der auch nach dem Tode des Kaisers Franz (1835) unter dessen geisteschwachem, unzurechnungsfähigem Sohne Ferdinand allmächtiger Minister blieb. Auch in bezug auf die Neugestaltung des Reiches, die politische Einigung, war der neue König unendlich fruchtbar an Entwürfen; nur schade, daß sie unausführbar waren.

So vergingen in Preußen einige Jahre in nutzlosen Erörterungen und Erwägungen, und die ihm feindlichen Kreise Süddeutschlands, besonders die Liberalen, die auf die „reaktionären Barbaren im Norden“ mit Verachtung blickten, konnten mit Erfolg darauf hinweisen, daß von diesem Staate weder für die Freiheit, noch für die Einheit des Vaterlandes etwas erhofft werden könne.

Anfang 1847 entschloß sich der König zu einem wichtigen Schritte: für den Bau von Eisenbahnen sollten große Geldmittel aufgebracht werden, die nur durch eine Anleihe flüssig gemacht werden konnten; um eine solche bewilligen zu lassen, berief Friedrich Wilhelm IV. die acht Provinzial-Landtage als vereinigten Landtag nach Berlin. Alle Verfassungsfreunde sahen darin den ersten Schritt zu der ersehnten Verfassung, durch die eine einheitliche Volksvertretung für das ganze Königreich geschaffen werden sollte.

Der König konnte wieder nicht zu einem festen Entschluß kommen,

und so war es nicht zu vermeiden, daß die Regierung und der vereinigte Landtag bald in scharfen Gegensatz gerieten; die Folge war, daß diese mit freudigen Erwartungen begrüßte Volksvertretung nach Hause geschickt wurde, ohne auch nur die Anleihe genehmigt zu haben. Die Regierung war durch die Halbheit des Königs in schlimmer Lage; in allen freiheitlichen Kreisen aber wuchs die Verstimmung bedenklich.

Da brachte das Frühjahr 1848 eine neue Umwälzung in Frankreich, die infolge der allgemeinen und tiefen Erbitterung auch auf Deutschland wirkte und in manchen Teilen des Vaterlandes umstürzlerische Bewegungen hervorrief.

Der „Bürgerkönig“ Ludwig Philipp hatte seine anfangs gewonnene Volkstümlichkeit verloren; er stemmte sich gegen die Erweiterung des Wahlrechts und verschärfte dadurch das vorhandene Mißtrauen des verhassten Pariser Pöbels zu grimmigem Haß. Am 22. Februar kam es, als die Truppen gegen einen Volksauflauf feuerten, zum blutigen Straßenkampf, der bis zum 24. dauerte; da die Truppen versagten, blieben die Herren der Barrikaden Sieger, und es wurde die Republik ausgerufen, während der König nach England floh.

Auch dieser Umsturz fand in Frankreich bald seinen Meister; Prinz Ludwig Napoleon, ein Neffe des großen Napoleon, wurde zum Präsidenten der Republik erwählt und warf sich durch den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 zum Herrn des Staates und nach einem Jahre zum Kaiser auf; sein Sturz erfolgte durch den glorreichen Sieg der Deutschen bei Sedan.

Die sog. Februarrevolution in Paris rief ähnliche Erscheinungen jenseits vom Rheine hervor; noch Ende Februar und Anfang März 1848 kam es in Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Württemberg zu stürmischen Volkskundgebungen, vor denen die eingeschüchterten Regierungen zurückwichen. Ein Aufstand im großen Maßstabe brach am 13. März in Wien aus, wo blutige Straßenkämpfe stattfanden und der niederösterreichische Landtag eine Verfassung stürmisch forderte; der alte Metternich mußte vor der Volkswut fliehen; sein fester Wille der Behörden zeigte sich, so daß Studenten und Arbeiter die Herren der Reichshauptstadt wurden. Am 18. März entstanden auch in Berlin, angestiftet und geschürt von polnischen Umstürzlern, blutige Straßenkämpfe, die viele Opfer kosteten; obwohl die treuen, zuverlässigen Truppen siegreich blieben, befahl der schwache König, der ganz den Kopf verloren hatte, ihren Abzug und lieferte damit die Stadt den Aufständischen aus; er legte selbst die schwarz-rot-goldene Binde an und zeigte sich so dem Volke.

Zwei Tage später (20. März) folgten auch in München Unruhen, durch die der einst gut deutsch gesinnte König Ludwig I., der jetzt in die Hände einer hartkatholischen Sippe gefallen war und sich durch seinen

Lebenswandel um alle Achtung gebracht hatte, zu gunsten seines Sohnes Maximilian dem Throne entsagen mußte.

Der 18. März brachte den Preußen die ersehnte Volksvertretung, indem der König die Berufung einer Nationalversammlung bewilligte. In Wien zögerte die Regierung, so daß es zu einem zweiten häßlichen Aufruhr kam (15. Mai); der blöde Kaiser Ferdinand entfloh nach Innsbruck, mußte aber die Berufung des österreichischen Reichstags gewähren.

Infolge dieser Vorgänge und angesichts der Haltlosigkeit der Regierung erhoben sich auch die slawischen Stämme Österreichs und traten zum folgenschweren „Slawenkongreß“ in Prag zusammen (Juni 1848); unter der geistigen Führung des bedeutenden Gelehrten Palacky forderten sie die Anerkennung des „böhmischen Staatsrechts“, d. h. der Selbstständigkeit eines tschechischen Königreichs Böhmen und beschloßen, in Böhmen, Mähren und Schlesien das Vorrecht der Tschechen zu fordern und die Verdrängung der deutschen Sprache zu betreiben; damit war der Streit zwischen den Völkern Österreichs, der sog. „Nationalitätenkampf“ zum Ausbruch gekommen, der seine höchste Steigerung während des Weltkriegs und seinen — zunächst wohl vorläufigen — Austrag durch den Zerfall des Gesamtstaats finden sollte.

Das Frankfurter Parlament.

In Preußen, in Österreich, überall da, wo die Umwälzung siegreich geblieben war, herrschte in jenen Tagen ein wüstes, unübersehbares Durcheinander. Die unteren Volksmassen gefielen sich in der Herrschaft; das gebildete und besitzende Bürgertum war nicht imstande, die Führung zu übernehmen; die Regierungen schwankten und zeigten sich der Lage nicht gewachsen. Es war, als müsse sich auch in Deutschland eine solche Bewegung einmal austoben, — leider aber war kein überlegener Geist und Wille vorhanden, sie schon jetzt zum Guten zu führen.

Und doch verfügte das zur Freiheit erwachte Volk über eine erstaunliche Fülle geistig hervorragender Männer, die geleitet wurden von reinem Streben und begeisterter Vaterlandsliebe; aber es fehlte auch diesen unvergeßlichen Männern, wie sich bald zeigte, das Wichtigste: die klare Erkenntnis des politisch Durchführbaren und die Macht zur Erzwingung des einmal Beschlossenen. Aber obwohl sie mit ihren Bestrebungen scheiterten, was sie sprachen und schrieben, blieb doch unverloren, denn es war der Ausdruck des leidenschaftlichen Verlangens nach dem deutschen Einheitsstaat und hatte die Folge, daß die Frage der Einigung nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung verschwand.

Am 31. März 1848 trat in der alten Kaiserstadt Frankfurt eine Schar von Mitgliedern deutscher Volksvertretungen zusammen, um im Einvernehmen mit dem nachgiebig gewordenen Bundestage über die

Berufung einer allgemeinen deutschen Nationalversammlung zu verhandeln; dies sog. Vorparlament kam zum Beschluß, daß die Zeit für die Erfüllung der Volkswünsche reif sei und verlangte unter der jubelnden Zustimmung aller Freiheitlichen die Berufung des deutschen Parlaments. Der Bundestag stimmte zu; die Wahlen wurden in den Einzelstaaten ausgeschrieben und vorgenommen, und am 18. Mai 1848 trat in der Paulskirche unter Glockengeläute und überströmender Begeisterung die langersehnte Volksvertretung zusammen, die lebendige Verkörperung des Gedankens der deutschen Einheit.

Und das deutsche Volk konnte stolz sein auf diese seine erste Vertretung: eine Sülle glänzend begabter Männer, besonders aus den Kreisen der Gelehrten; Redner von hinreißender Gewalt; vielleicht das an geistigen Kräften reichste Parlament der Geschichte.

Der anerkannte Führer wurde bald der edle Heinrich von Gagern, eine durchaus sittliche Persönlichkeit, die auch die Gegner zur Achtung zwang; der stattliche Mann wurde so recht der Vorkämpfer jener Bewegung, ein Volksmann im besten Sinn des Wortes; mochte auch sein „kühner Griff“, durch den er die Schaffung einer Reichsverweserschaft erreichte, nicht die Lösung der deutschen Frage bringen, so ist doch kein Zweifel, daß er mit scharfem Verstande die politische Zukunft vorhersah und nicht scheiterte an seiner eigenen Unzulänglichkeit, sondern an der bald eintretenden Uneinigkeit der Parteien des Parlaments und daran, daß ihm, der dem Mittelstaate Hessen entstammte und dort März-Minister gewesen war, die Zwangsmittel fehlten, über die nur ein Großstaat verfügen konnte, um seinem Willen Geltung zu verschaffen. Neben ihm sei noch der Geschichtschreiber Dahlmann genannt, einer der „Göttinger Sieben“; er bemühte sich, eine für die unendlich verwickelten Verhältnisse Deutschlands geeignete Reichsverfassung auszuarbeiten; unermüdlich war der bedeutende Mann am Werke, etwas politisch Brauchbares zu schaffen.

Auf österreichischer Seite gewann der Abgeordnete Anton von Schmerling bald den größten Einfluß; ein hervorragender Mann, aber mit seinen engeren Landsleuten vor die unlösbare Aufgabe gestellt, ein deutsches Reich schaffen zu helfen, ohne den österreichischen Großstaat zu zerstören.

Bald nach seinem Zusammentritt wählte das Parlament auf Gagerns Antrag den vollstümlichen, aber nicht eben bedeutenden Erzherzog Johann, in der Zuversicht, daß das Reich ja doch zustande kommen werde, zum Reichsverweser. Gleichzeitig damit löste sich der traurige Bundestag auf, und der in übersprudelnder Begeisterung in Frankfurt empfangene Reichsverweser berief ein Reichsministerium, das leider sehr schnell die Erfahrung machen sollte, daß eine Regierung ohne wirkliche Macht ein Unding ist.

Bald zeigte sich, daß Begeisterung und Begabung noch nicht ausreichen, um Staatsmänner zu machen. Die schönen Tage des Parlaments waren rasch zu Ende; in uferlosem Redekampf wurde über die „Grundrechte“ gestritten und die Zeit verloren, in der die eingeschüchterten Regierungen willfährig gewesen wären. Als man dann nach endlosen Wortgefechten zur Feststellung der Reichsverfassung kam, war es zu spät: Preußen und Österreich waren wieder zu sich gekommen, und ihre Regierungen warfen die Frage auf, wie dies Parlament und die Reichsregierung ohne Heer ihnen seinen Willen aufzwingen wolle. Es geht nicht an, die Einzelheiten jener wechselvollen Verhandlungen und des Ränkespiels der Regierungen zu schildern; es genügt die Feststellung, daß endlich in der Hauptsache zwei Parteien sich gegenüberstanden: die Großdeutschen und die Kleindeutschen; daneben gab es eine lärmende republikanische Gruppe, die aber ohne besondere Bedeutung blieb.

Die Kleindeutschen erkannten, daß der österreichische Kaiserstaat das Hindernis der deutschen Einheit sei; denn das zukünftige deutsche Reich wollte und durfte die Slawen und Madjaren Österreichs gewiß nicht aufnehmen, während die österreichische Regierung nicht zugeben wollte, daß nur ihre deutschen Kronländer in das Reich eintraten, weil dadurch der Staat zerrissen worden wäre. Aus dieser unlöslichen Schwierigkeit schien der schmerzliche Ausweg allein der zu sein, Österreich auszuscheiden — leider mit seinen Deutschen —, und unter Preußens Führung das engere Reich, „Kleindeutschland“ zu schaffen. Mit staatsmännischem Weitblick faßte Gagern, der Führer dieser Partei, eine Ergänzung dieses „kleinen“ Reiches dadurch ins Auge, daß Kleindeutschland mit Österreich in ein dauerndes Bundesverhältnis gebracht werde, etwa wie es unter Bismarck im Jahre 1879 abgeschlossen wurde.

Die Großdeutschen wollten nicht auf die Volksgenossen in Österreich verzichten; sie sagten mit Recht, daß ein deutsches Reich ohne die Millionen Deutschen Österreichs keine endgültige Lösung der deutschen Frage sei, und wollten die Schwierigkeit, die sich aus dem dortigen Volksgemisch ergab, nicht als entscheidend gelten lassen; es müsse eine Form gefunden werden, um die Deutschen Österreichs dem neuen Reiche zu erhalten.

Schließlich bekannte sich die Mehrheit des Parlaments zu der kleindeutschen Politik und wählte den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen am 28. März 1849 zum deutschen Kaiser; am 3. April stand die Abordnung des Parlaments vor dem Hohenzollern und trug ihm die Kaiserwürde an.

Der aber erklärte, daß er nur aus der Hand der Fürsten die Krone annehmen wolle und lehnte ab. Damit war die hoffnungsvolle Bewegung gescheitert; weder das große, noch das kleine Deutschland war zustande

gekommen, und es herrschte vollste Verwirrung. Schlimm war es für das Ansehen des Königs unter den treuen Vaterlandsfreunden, daß ein böses Wort von ihm bekannt wurde: er hatte davon gesprochen, daß er die Kaiserkrone abgelehnt habe, „weil der Ludergeruch der Revolution an ihr haften“.

Inzwischen war das Leben im Parlament entartet, während die einzelstaatlichen Regierungen nach der Niederwerfung von Aufständen in der Pfalz und Baden, in Sachsen und Böhmen sich wieder kräftig genug fühlten, der Volksbewegung Herr zu werden.

Noch im Frühsommer 1849 beriefen viele die Vertreter ihrer Wahlkreise aus dem Parlament ab, andere Abgeordnete schieden aus eigenem Entschlusse aus, wie besonders die Österreicher — kurz der Sommer sah die einst so glänzende Versammlung vor dem ruhmlosen Ende; nur eine Schar von „Unbedingten“, in der Hauptsache süddeutsche Republikaner, blieb als „Rumpfparlament“ zusammen und verlegte dessen Sitz nach Stuttgart; dort ergingen sie sich in nutzlosen Kundgebungen, deren Torheit nur durch die Einflußlosigkeit dieser Versammlung überboten wurde. Am 18. Juni 1849 ließ die württembergische Regierung das Rumpfparlament mit Waffengewalt auseinandertreiben. Im folgenden Dezember legte der Reichsverweser sein jeden Inhalts beraubtes Amt nieder. Ein bitteres Ende! Aber unverloren blieb doch die treibende Kraft des tollen Jahres: die Sehnsucht der Besten im Volke nach der politischen Einheit.

Verhängnisvoll wurde es für die weiteren Einheitsbestrebungen, daß König Friedrich Wilhelm IV., der Erwählte der Kleindeutschen, so völlig versagt hatte und daß dadurch auch dem preussischen Staate das Zutrauen der Süddeutschen weiter verloren ging: wenn Preußen alle Hoffnungen betrog, wenn sein König die Kaiserkrone zurückwies, wie sollte dann Deutschland geeinigt werden können?

Dabei muß, wer gerecht ist, anerkennen, daß die Weigerung Friedrich Wilhelms an sich wohlbegründet war, da die Annahme der Kaiserkrone den Krieg mit Österreich und Rußland gebracht haben würde. Dazu aber war Preußen nicht gerüstet — das war die Schuld des Königs; hierfür war sein Spiel nicht diplomatisch vorbereitet — wiederum durch des Königs Schuld. Und dann war der Grund, den Friedrich Wilhelm angab „nur aus den Händen der Fürsten wolle er die Krone annehmen“, geeignet, ihn selbst als Verächter des Parlaments und des Volkes erscheinen zu lassen; gleichzeitig konnte man andererseits den Entschluß daraus lesen, daß er die Krone annehmen würde, wenn sie ihm durch die Fürsten angeboten werde.

Als ob in diesem Falle der Krieg mit Österreich und Rußland nicht gekommen wäre! Oder dachte jemand im Ernste daran, daß auch Habs-

burg dem jüngeren Hause Hohenzollern freiwillig die Kaiserkrone anbieten werde?

Mit dieser Fragestellung ist gekennzeichnet, wie unklar im Erkennen, wie haltlos im Entschließen der König sich in dieser schwierigen Zeit erwies.

Der preußisch-österreichische Gegensatz.

Seit dem Wiener Kongreß hatte Preußen darauf verzichtet, eine eigene selbständige auswärtige Politik zu betreiben, und sich ganz unter den Einfluß Metternichs gestellt; unter Friedrich Wilhelm IV. blieben die Verhältnisse, wie unter seinem Vater. Auch in den Fragen der inneren Politik war es ähnlich. So ist es klar, daß der preußisch-österreichische Gegensatz viel von seiner früheren Schärfe verloren hatte, ja fast ganz verwischt schien: Hohenzollern, und vor allem Friedrich Wilhelm IV., ordnete sich freiwillig dem „vornehmen Erzhaufe“ unter.

Nur auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik war Preußen selbständig und fand sich infolge davon im Gegensatze zu Österreich: denn die führenden Männer der Zolleinigung vertraten die richtige Ansicht, daß Österreich mit seinen Kroaten, Slowenen, Slowaken, Polen, Tschechen und Madjaren nicht in den Zollverein passe, da die Gütererzeugung und der Verbrauch dort sich mit den Verhältnissen in Preußen, Sachsen und den süddeutschen Staaten nicht annähernd vergleichen lasse. Die Bestrebungen der österreichischen Staatsmänner, mit der Monarchie in den Zollverein aufgenommen zu werden, waren deshalb mit Recht standhaft zurückgewiesen worden. Sonst aber herrschte infolge der Selbstbescheidung der preußischen Könige Eintracht zwischen den beiden deutschen Großmächten.

In dem Augenblick aber, wo durch die Wirkungen der Märzrevolution die Frage der politischen Einigung des gesamten Deutschland brennend wurde, mußte auch die Frage entstehen, unter welcher Führung sie vollzogen werden solle, ob unter Österreich oder Preußen, — ob der neue Kaiser ein Habsburger sein werde, oder ein Hohenzoller. Damit mußte sofort der alte Gegensatz wieder aufleben, und auch die Haltung Friedrich Wilhelms IV., der in Verehrung dem älteren Geschlechte Habsburg den Vorrang einräumte, konnte daran nichts ändern: in solchen politischen Lebensfragen der Völker sind die Verhältnisse stärker als die Menschen.

Wir wissen, wie in Frankfurt die Dinge sich zugespitzt hatten: es erschallten die Rufe: „hie kleindeutsch“ — „hie großdeutsch“; die Partei der Kleindeutschen hatte die Mehrheit gewonnen und dem Preußenkönig die Kaiserwürde angetragen. Es ist uns bekannt, daß der sie ablehnte.

Aber nun zeigte sich sofort: mit Friedrich Wilhelms Absage war die Frage nicht erledigt; der Drang des Volkes nach der Einheit konnte durch den unstillen, unklaren Willen eines schwachen Fürsten nicht bestätigt werden — und dieser Drang mußte naturnotwendig auf Preußen wirken.

So kam es, daß der wieder erwachte Gegensatz auch durch Friedrich Wilhelms IV. Zurückweisung der Kaiserkrone nicht zur Ruhe gebracht wurde. Der König mußte auch trotz der Auflösung der Nationalversammlung den Strömungen in allen gebildeten Kreisen seines eigenen Landes Rechnung tragen und konnte die politische Arbeit für das kleindeutsche Reich, für das die Mehrheit in Frankfurt sich doch ausgesprochen hatte, nicht hindern.

Welche Gefahren die weitere Entwicklung in sich barg, wissen wir; die Frage war, ob der König ihrer durch eine kluge und tatkräftige Politik Herr zu werden verstand.

Nachdem er in Preußen anfangs 1850 die sog. „revidierte Verfassung“ verkündet und beschworen hatte, die in der Hauptsache bis Ende 1918 gültig war, wagte er sich an die deutsche Frage heran; sein Berater war der geistvolle General von Radowitz, eine bedeutende Persönlichkeit, leider im Charakter dem Könige allzu ähnlich und deshalb, wie er, zur Unfruchtbarkeit verdammt. Noch im Jahre 1849 hatte Preußen mit Hannover und Sachsen das „Dreikönigsbündnis“ geschlossen; jetzt im Frühjahr 1850, gründete es mit ihnen und den meisten kleineren Staaten, besonders den norddeutschen, die sog. „Union“ und berief eine neue Versammlung von Volksvertretern der verbündeten Staaten nach Erfurt, die dort über die Verfassung des neuen Gebildes beraten sollte. Das „Erfurter Parlament“ stand von vornherein unter der Führung der kleindeutschen Partei und das geplante neue Reich war in der Hauptsache als eine Art norddeutscher Bundesstaat gedacht, in dem der König von Preußen „Reichsvorstand“ sein sollte.

Diesem Streben des Hohenzollern sah Habsburg nicht ruhig zu; es wollte nicht dulden, daß die Macht des Nebenbuhlers im Norden durch die neue Gründung gefährlich gestärkt werde.

Österreich nach der Revolution.

Inzwischen hatten die Verhältnisse in Österreich sich gründlich geändert; ein Mann war dort auf den Schauplatz getreten, der gewillt war, unter feinen Umständen von den alten Ansprüchen Habsburgs auch nur den geringsten aufzugeben: Fürst Felix von Schwarzenberg war der erste Berater der Krone geworden, die seit dem 2. Dezember 1848 der junge (damals erst 18jährige) Franz Josef trug, nachdem sein schwachsinniger Oheim Ferdinand zur Abdankung veranlaßt worden war.

Schwarzenberg, der Sprosse einer der ältesten und reichsten Familien des deutsch-böhmischen Adels, war ganz ein Mann des Willens; mit Verachtung sah dieser Feudalherr auf die Bürgerlichen herab, mit Verachtung auch auf alles, was öffentliche Meinung oder geistige Strömung hieß: für ihn gab es nur eines, die Macht, und ohne Gewissensbedenken richtete

er seine ganze Politik nur nach der einen Frage, ob er die Macht habe, einen Anspruch mit Gewalt durchzusetzen. Er war ein „Kavalier“ der alten Schule und ohne tiefere Bildung, durch leichtfertigen Lebenswandel vor der Zeit verbraucht — aber was ihm an geistiger und sittlicher Kraft abging, ersetzte er durch einen bis zur Roheit entschlossenen Willen. So unerfreulich diese Persönlichkeit ist, die für die Rechte des Volkes, für die Gebote der Sittlichkeit nur ein hochmütiges Achselzucken hatte, sie zwingt doch zur Bewunderung und Anerkennung: durch die Kraft seines Willens wurde dieser Mann der Retter der habsburgischen Hausmacht und der Bändiger Preußens.

Einem so tühnen Spieler gegenüber war das Spiel für Friedrich Wilhelm IV. von vornherein verloren.

Schlimm genug stand es um Habsburg, als Schwarzenberg das Ruder des Staates ergriff; im Inneren tobende Unordnung, in Oberitalien der Aufruhr und außerdem der Krieg mit dem Königreich Sardinien; in Ungarn wilde Empörung, die nicht vor der Thronentsetzung des Hauses Habsburg zurückschreckte.

Noch im März 1848 hatten Mailand und Venedig sich erhoben, um die verhaßte Herrschaft Habsburgs abzuschütteln, die wirklich unerträglich schwer auf dem Lande lastete und jede freiheitliche Regung grausam unterdrückte; die Bewohner jener Lande hatten Ursache, ihre Befreiung zu ersehnen, und bereiteten in geheimen Verschwörungen seit langem den Tag der Rache vor. Im Zusammenhang mit dieser Bewegung hatte König Karl Albert von Sardinien den Plan gefaßt, die Österreicher zu vertreiben und den italienischen Einheitsstaat zu begründen; er hatte den Kampf eröffnet.

Feldmarschall Radetzky, ein glänzender Soldat, der Abgott seines Heeres, der vollstümlichste Mann in Österreich seit Maria Theresias Tod, stellte die Herrschaft seines Kaisers durch eine Reihe ruhmvoller Waffentaten wieder her, so bei Custoza am 25. Juli 1848 und bei Novara am 23. März 1849; Karl Albert mußte sich als besiegt bekennen und dankte zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel ab; die empörten Gebiete wurden wieder erobert und streng gezüchtigt. Gegen Ende des Jahres 1849 war Habsburg Dank der Siege des prächtigen Radetzky und seiner Tapfern wieder Herr in Oberitalien.

Im Sommer 1848 hatte Fürst Windischgrätz, ein Schwager Schwarzenbergs, das aufständische Prag bezwungen und im Herbst zusammen mit dem Banus (Statthalter) von Kroatien Freiherrn von Jellachich Wien aus der Hand der Freiheitsmänner genommen und zur Botmäßigkeit gebracht.

In Ungarn hatte die Regierung unter dem Eindruck der Umwälzung im April 1848 dem Drängen des magyarischen Adels und der mit ihm

verbündeten gebildeten Schichten des Bürgerstandes nachgegeben, und es war ein Ministerium gebildet worden, in dem der gemäßigte Graf Batthyany den Vorsitz führte; die treibende Kraft dieser neuen Staatsleitung wurde bald der Finanzminister Ludwig Kossuth. Dieser verhängnisvolle Mann, ein glänzender Redner und Schriftsteller, aber maßlos eitel und ehrgeizig, verstand es, den Haß der Madjaren gegen Habsburg so zu schüren, daß sich die Kluft zwischen Volk und Herrscher immer mehr vertiefte, bis schließlich die offene Empörung ausbrach.

Da, wie in Österreich, auch in Ungarn die Verhältnisse unter Metternichs freiheitsfeindlichem, ruheseligem Regiment wirklich unhaltbar geworden waren, stand der größere Teil der ungarländischen Deutschen — die Siebenbürger Sachsen ausgenommen — auf der Seite der Madjaren und stellte ihnen in dem anhebenden Bürgerkrieg die fähigsten Offiziere. So war General Görgei, der Oberbefehlshaber, deutscher Abkunft, während Kossuth, der Erreger des madjarischen Größenwahns, aus slowakischem Blute stammte.

Die Gegensätze spitzten sich rasch zu, und am 14. April 1849 erklärte der ungarische Reichstag das Haus Habsburg für alle Zeit abgesetzt und des Thrones verlustig. Fürst Windischgrätz, der Bezwiner von Prag und Wien, rückte mit einem Heere in Ungarn ein, hatte aber keine größeren Erfolge; dagegen fochten die Revolutionsheere unter tüchtigen Führern wie Görgei und Bem glücklich, und es schien, daß Ungarn wirklich dem Hause Habsburg verloren gehen solle. In dieser Not rief Schwarzenberg, der seinen umständlichen Schwager Windischgrätz rücksichtslos beiseite geschoben hatte, russische Hilfe an, nachdem er die madjarenfeindlichen Bevölkerungen von Siebenbürgen, Slawonien und Kroatien unter der Führung des schneidigen Jellachich veranlaßt hatte, die Waffen im Bürgerkrieg gegen die Empörer zu erheben. General Haynau, der neue Oberbefehlshaber, führte die zurückgezogenen kaiserlichen Truppen von Westen her wieder vor; Jellachich kämpfte im Süden, und von Osten her rückte ein 80000 Mann starkes russisches Heer unter General Pasjewisich ein. Solcher Übermacht waren die ungarischen Streitkräfte nicht gewachsen, und am 13. August 1849 mußte sich Görgei bei Vilagos mit seinem Heere ergeben. Mit furchtbarer Strenge ging Haynau vor und unterdrückte bald die letzten Regungen des Aufstands; grausam strafte der mit unbeschränkter Macht ausgestattete General das Land und die Führer der Empörung. Es kann jedoch nicht bestritten werden, daß die Aufständischen selbst die Veranlassung zu solcher Vergeltung gegeben hatten, indem sie sich geradezu barbarisch gegen die kaisertreu gebliebene Bevölkerung vergangen hatten. Der „madjarische Nationalstaat“, wie ihn Kossuth und seine Anhänger wollten, hatte ein Ende mit Schrecken genommen — und es verdient festgestellt zu werden, daß er nicht nur durch das Eingreifen Rußlands ver-

nichtet wurde. Auch ohne diese fremde Gewalt hätte er am Widerstande der Nationalitäten scheitern und im Kampfe gegen die Krone unterliegen müssen; Kossuth selbst hat es ausgesprochen, daß die Madjaren der Krone und den Nationalitäten nicht gewachsen seien.

So standen die Dinge um die Wende der Jahre 1849—50: überall hatte Schwarzenberg seinen Willen durchgesetzt und die Volksbewegung niedergeworfen; nun regierte er unumschränkt, und man kann sich denken wie, wenn man hört, daß er, um seine nächsten Absichten für die innere Politik befragt, die kaltblütige Antwort gab: „Zuerst noch ein bißchen hängen lassen.“

Eine Volksvertretung stand ihm nicht im Wege; denn der Reichstag, nach der Eroberung Wiens zunächst nach dem Landstädtchen Kremsier verlegt, war anfangs 1849 aufgelöst worden; dafür war durch einseitigen kaiserlichen Erlaß vom 4. März 1849 eine Verfassung für das habsburgische Gesamtreich verkündet worden, die freilich Schwarzenberg nicht hinderte, selbstherrlich zu regieren.

Hand in Hand mit dieser gewaltsamen Herstellung der Ordnung ging die innere Erneuerung des Staates, für die der Fürst, ohne Verständnis, Anteil und Kenntnisse für diese Dinge, seinen Amtsgenossen freie Hand ließ. Überraschend die Fülle bedeutender Männer, die an die Arbeit gingen, um die verrottete Erbschaft Metternichs zu ordnen und die Monarchie zu einem neuzeitlichen Staate zu machen. Der edle Graf Franz Stadion bemühte sich um die Neugestaltung der Verwaltung und eine für die verwickelten Verhältnisse brauchbare Verfassung; der Handelsminister Bruck, ein geborener Rheinländer, erwarb sich größte Verdienste um die Ordnung der Staatswirtschaft, wie um die Hebung von Gewerbe und Handel, Eisenbahnen und Schifffahrt; Graf Leo Thun setzte den allgemeinen Schulzwang durch und gründete die Gymnasien als Mittelschulen, wie er auch den Universitäten durch Gewährung der Lehr- und Lernfreiheit eine sichere Grundlage schuf; Schmerling, uns von Frankfurt her bekannt, ordnete als Justizminister das Gerichtswesen. Neben ihnen standen als Gehilfen und Mitarbeiter zahlreiche bedeutende und verdiente Männer.

Die hervorstechendste Persönlichkeit des erwachten Österreich war neben Schwarzenberg der junge Alexander von Bach, bald der Träger der inneren Politik, der er einen bestimmten Stempel aufdrückte. Er war als liberaler Volksführer durch die Revolution in die Höhe gehoben worden und sah sich — heute noch Anwalt in Wien, — morgen zum Justizminister ernannt. Als die Tage der kurzen liberalen Herrschaft zu Ende waren, blieb Bach zur Entrüstung seiner früheren Gesinnungsgenossen im Amte; er diente unter Schwarzenberg weiter, und er, der bei Beginn

der Märzrevolution einer der entschiedensten Freiheitsmänner gewesen war, machte nun die volk-verachtende Gewaltpolitik dieses Seudalherrn mit; er nahm keinen Anstand an der Auflösung des Reichstags, an der Verhängung des allgemeinen Belagerungszustandes und an der Unterdrückung der Presse; er wirkte mit, als die Regierung die politischen Rechte des Volkes aufs äußerste beschränkte, und führte selbst eine schlimme Polizeiherrschaft. Nach dem Ausscheiden Stadions, dessen geistige Kraft unter den Aufregungen und der Arbeitslast jener stürmischen Tage zusammengebrochen war, hatte Bach kurze Zeit neben dem Ministerium der Justiz auch das des Innern zu verwalten; das erstere Amt gab er an Schmerling ab und behielt das andere bis zum Jahre 1859. Als Minister des Innern setzte er Stadions Werk selbständig fort und schuf die innere Verwaltung der Kronländer um; dem Gemeindewesen in Stadt und Land widmete er seine besondere, erfolgreiche Fürsorge; sein größtes Werk ist die Durchführung der vom Reichstag noch beschlossenen und von Stadion eingeleiteten Grundentlastung, durch die der bäuerliche Grundbesitz von den Fronen, Roboten und anderen, zugunsten des grundbesitzenden Adels ihm obliegenden Leistungen befreit wurde.

In der Tat, eine völlige Umwälzung hatten die „Reform-Minister“ Stadion, Thun, Bruck, Schmerling und Bach im Innern des Kaiserstaates herbeigeführt, und was sie von bleibendem Werte geschaffen, erzwingt die Achtung der Nachwelt. Eigentümlich nur, daß ihre Reformen Hand in Hand mit der von Schwarzenberg eingeleiteten „Reaktion“ gingen, eigentümlich vor allem, daß ein Bach ihr seine Dienste leisten konnte. War er in den Tagen der Revolution irre geworden an der Fähigkeit des Volkes, sein Schicksal selbst zu gestalten, oder trieb ihn der Ehrgeiz, der Drang sich im großen zu betätigen, dazu, die Macht, die er durch jene Bewegung in die Hand bekommen hatte, als ihr Gegner zu behalten?

Und, in diesem verjüngten Österreich sofort welcher Widerspruch gegenüber der die Staatsgewalt stärkenden Tätigkeit der Reform-Minister, daß Graf Thun mit dem Papste das ungeheuerliche Konkordat vom 18. August 1855 abschloß, durch das die römische Kirche „alle ihr nach der Anordnung Gottes und nach den Bestimmungen der Kirchengesetze zukommenden Rechte“ erhielt! Das hieß in die Tat übertragen: der katholische Klerus gewann beherrschenden Einfluß auf das geistige Leben — aber mehr als das, er schrieb der gesamten äußeren und inneren Politik des Staates die Bahnen vor. Bezeichnend, was Bischof Riccabona von Triest wenige Jahre später sagen konnte: „Österreich wäre der unnützte Staat der Welt, wenn es nicht als katholische Vormacht im Auftrag des Papsttums Mitteleuropa vor dem protestantischen Norden und dem glaubenslosen, umstürzlerischen Westen verteidigte“.

War die unter höfischen Einflüssen begonnene politische und kirchliche

Reaktion ein folgenschwerer Fehler, so sollte sich auch bald herausstellen, daß die von Bach geschaffene sog. „zentralistische“ Regierung unhaltbar war; nach der Niedertämpfung der Aufstände in Wien, Prag, Italien und Ungarn war das ganze Staatsgebiet ohne Rücksicht auf die verschiedenen Völker zu einem Einheitsstaat zusammengeworfen worden, der von Wien aus einheitlich regiert wurde, und zwar in der Hauptsache von deutschen Beamten in deutscher Sprache.

Was Maria Theresia vorsichtig vermieden hatte, was dem edeln Josef mißglückt war, wurde durch Bach in die Tat umgesetzt: ein Reich, das auf die Verschiedenheit der Völker und Stämme keine Rücksicht nahm, von einer absoluten Regierung durch deutsche Beamte von Wien aus unter Ausschaltung jeder Volksvertretung straff verwaltet. Wir werden sehen, daß dieses „zentralistische Regiment“ auf die Dauer nicht durchzuführen war, wahrscheinlich weniger, weil es zentralistisch, als weil es absolut war — ein „konstitutioneller Zentralismus“ wäre vielleicht damals den Tschechen und Madjaren, wie den Deutschen gleich annehmbar gewesen, aber der Versuch wurde nicht gemacht; als Anton von Schmerling ihn 1861 nachholte, war es zu spät.

Wie dem auch sei, für den Augenblick verstärkte dies Regiment die Staatsgewalt, und es ist kein Zweifel: jetzt, wo Habsburg und Hohenzollern zusammenprallten, hatte die kühne auswärtige Politik Schwarzenbergs, sein rücksichtsloses Niederschlagen der Empörungen, zusammen mit der tüchtigen Arbeit der Reform-Minister auf dem Gebiete der inneren Politik ein Österreich geschaffen, das die Stürme der Revolution überstanden hatte, und das neu gekräftigt den Kampf mit Preußen aufnehmen konnte. Wir wissen, daß das klein-deutsch gesinnte Erfurter Parlament seit dem 20. März 1850 tagte, und wollen sehen, wie die Versuche, eine „Union“ unter Preußens Führung zu begründen, sich weiter entwickelten.

Preußens Demütigung.

Noch ehe das Erfurter Parlament zusammentrat, hatte das Dreikönigsbündnis sich durch Sachsens und Hannovers Austritt aufgelöst, die beide durch russisch-österreichische Machenschaften dazu bestimmt worden waren.

Das war eigentlich eine so schlechte Vorbedeutung für die „Union“, daß man die Volksvertreter hätte zu Hause lassen können; indessen, sie wurden berufen und brachten bald eine Verfassung für dieses klein-deutsche Gebilde zustande, in dem auch Bayern und Württemberg von vornherein fehlten.

Im Mai 1850 fand auf Friedrich Wilhelms Einladung ein Fürstentag in Berlin statt; dort zeigte sich der größere Teil der kleineren Landesherren der Union geneigt, aber ein endgültiges Ergebnis kam nicht zustande.

Schon aber hatte Schwarzenberg Bundesgenossen gewonnen: zur selben Zeit kamen die der Union abgeneigten Fürsten in Frankfurt zusammen und berieten über die Wiederherstellung des deutschen Bundestages.

Der preußische König benutzte den Sommer zu fruchtlosen Verhandlungen; Schwarzenberg aber ließ — ohne Preußen zu fragen — durch seine Verbündeten den Beschluß fassen, daß der selig entschlafene Bundestag am 2. September 1850 wieder ins Leben treten solle.

Damit war der Traum des „tollen“ Jahres vom einigen Vaterlande zerstört, Preußen aber hatte mit echt schwarzenbergischer Rücksichtslosigkeit die erste Kaltstellung erfahren. Trotzdem verzichtete der König nicht auf die Unionspläne. Nun war Anfang September 1850 in Kurhessen, das zur Union gehörte, ein Verfassungstampf zwischen dem gedulbigen, treuen Volke und dem wüsten Kurfürsten Friedrich Wilhelm entstanden; der hatte durch den Kabinettsminister Hassenpflug — im Lande nannte man ihn nicht mit Unrecht „Hessenfluch“ — den Versuch gemacht, die nach der Pariser Julirevolution im Jahre 1831 eingeführte Verfassung aufzuheben oder in volksfeindlichem Sinne umzugestalten. Als die Volksvertretung die Zustimmung verweigerte und wiederholte Neuwahlen keine gefügigen Stände ergaben, verhängte der übel beratene Fürst kurzerhand den Belagerungszustand über das ganze Land. Aber aufrecht und tapfer erklärten die Gerichte und Verwaltungsbehörden sich an den Verfassungseid gebunden und verweigerten den rechtswidrigen Anordnungen der Regierung den Gehorsam; das Volk versagte die Zahlung der Steuern, und die Mehrzahl der Offiziere nahm den Abschied. Ein schönes Beispiel bürgerlichen Selbstbewußtseins und Rechtsgefühls! Der Kurfürst wandte sich an den ihm gesinnungsverwandten Schwarzenberg um Hilfe, die hessischen Stände, da das Land zur Union zählte und in Erfurt durch Abgeordnete vertreten gewesen war, an den König von Preußen.

Und — eine Schmach für sein Andenken durch alle Zeit — der wieder aufgelebte Bundestag, der verfassungsmäßig ja gar nicht bestand, begann sein trauriges Dasein damit, daß er dem Kurfürsten Bundeshilfe zusagte und Bayern mit Württemberg beauftragte, die ihr gutes Recht vertretenden hessischen Stände und das tapfere Land mit Waffengewalt zum Gehorsam zu zwingen.

Das konnte Preußen um seiner Ehre willen nicht dulden, das durfte der König nicht zulassen, wenn er nicht den letzten Rest von Achtung verlieren wollte. Er ließ also preußische Truppen zum Schutze der Verfassung in Kurhessen einrücken (24. Oktober 1850); eine Woche später marschierten als Gegner die Bayern ein und mit ihnen, um den Nachdruck zu erhöhen, eine Abteilung Österreicher.

Schon war der König schwankend geworden, denn er mußte erkennen,

wie trefflich Schwarzenberg vorgearbeitet hatte, indem er den Zaren Nikolaus von Rußland für sich gewonnen hatte. Friedrich Wilhelm wollte versuchen, seinen Schwager Nikolaus umzustimmen und schickte seinen trefflichen Ministerpräsidenten Grafen von Brandenburg, einen Mann von Ehrgefühl und altpreußischem Stolz, der freilich unter einem solchen Herrscher nichts Größeres leisten konnte nach Warschau zum Zaren: was der von Preußen verlangte, war so ungeheuerlich, verstieß so gegen des Königs wie des Landes Ehre, daß Brandenburg im Innersten erschüttert wurde. Aber so weit war die Lage schon verpfuscht, daß es nur eine Wahl für Preußen gab: entweder ehrlos nachgeben oder Krieg mit der Übermacht Rußlands und Österreichs. Unter der Last dieser furchtbaren Wahl brach der tüchtige Mann buchstäblich zusammen; er starb am 6. November in wahnsinnigen Sieberträumen. Drei Tage vorher hatte der König den Minister von Radowiz, den Vater der Union, entlassen und an seine Stelle den bisherigen Minister des Innern, den strengkonservativen Otto von Manteuffel berufen; ihm fiel jetzt die schwere Aufgabe zu, Preußen aus der verfahrenen Lage mit Ehren herauszuführen.

Der österreichische Ministerpräsident kannte keine Rücksichten und verlangte gebieterisch, daß die preußischen Truppen sofort Kurhessen verlassen sollten. So weit war es gekommen! In Preußen erhob sich die Stimme des entrüsteten Volkes, so daß der König sein Heer auf Kriegsfuß zu setzen befahl und den Standhaften spielte.

Der Krieg stand vor der Tür; bei Bronzell wechselten die Vorposten bereits Schüsse, und der zu trauriger Berühmtheit gelangte „Schimmel von Bronzell“ ward dabei getötet; die Tapferen im Lande verlangten die Auseinandersetzung mit den Waffen, um aus der unerträglichen Lage herauszukommen.

Aber schon hatte der König auf Manteuffels Rat einzulernen begonnen und am 15. November die Union für aufgelöst erklärt; dann schickte er diesen seinen Vertrauensmann nach Olmütz, wo damals der Sitz des österreichischen Hofes und der Regierung war.

Schwarzenberg verlangte: die Zurückführung des preußischen Heeres auf den Friedensstand, die Preisgabe Kurhessens, die Anerkennung des wiederbelebten deutschen Bundes und die Aufnahme Österreichs mit Ungarn und Galizien in den Bund, endlich die Unterwerfung Schleswig-Holsteins unter die Dänen — Manteuffel bewilligte alle diese ungeheuerlichen Forderungen.

Eine Schmach sondergleichen war dem preußischen Staate angetan, unerhört für ein nicht durch feindliche Waffen niedergeworfenes Volk, unerhört für einen König von Ehrgefühl!

An Schleswig-Holstein hing — wir werden es hören — das Herz aller guten Deutschen, an Kurhessen das Rechtsgefühl aller Freiheitlichen

und Gerechten. Beide, Kurhessen wie Schleswig-Holstein wurden geopfert: in den Elbherzogtümern zogen die Dänen ein und schalteten wie Eroberer in dem unglücklichen Lande; in Hessen kehrte der schlimme Kurfürst zurück und ließ seine Kriegsgerichte an den waderen Verteidigern der Verfassung schlimme Rache üben.

So waren König Friedrich Wilhelm IV. und seine Regierung belastet mit dem Fluche, die Ehre des Staates preisgegeben und zwei tapfere deutsche Stämme ihren Zwingherren ausgeliefert zu haben.

Alles, was nicht der streng-konservativen russenfreundlichen Richtung in deutschen Gauen angehörte, sprach seinen Abscheu über solchen Verrat aus, alle ehrliebenden Preußen empfanden die Niederlage der königlichen Politik als eine Schmach.

Freilich der junge Landtagsabgeordnete Otto von Bismarck-Schönhausen verteidigte Manteuffels Haltung in Olmütz, indem er sagte, Preußen hätte den Krieg mit Österreich und Rußland nicht aufnehmen können, zumal da sein Heer in schlechtem Zustande war. Gewiß — aber damit ist die unselige Politik nicht gerechtfertigt, die den König und sein Land in eine solche Lage gebracht hatte, und derselbe Bismarck urteilte später über jene Politik vernichtend — sein eigenes staatsmännisches Wirken erspart uns die Frage, ob er nach Olmütz gegangen wäre. Preußen war gedemütigt, schlimmer als in Tilsit. Es trat in den Bund wieder ein; um die Schmach voll zu machen, verhinderten England und Frankreich die Aufnahme von Ungarn und Galizien, so daß fremde Mächte das deutsche Volk davor bewahrten, mit den Madjaren und Polen Österreichs verkettet zu werden.

Schleswig-Holstein.

Das tolle Jahr hatte auch die nördlichen Lande des deutschen Bundes, die Elbherzogtümer Schleswig-Holstein in seinen Strudel hereingerissen, die, wie wir wissen, den König von Dänemark zum Herzog hatten, aber ihre selbständige, von der dänischen getrennte Landesregierung in Kiel besaßen.

In Dänemark war allmählich eine Partei zu Einfluß gelangt, die in überreiztem dänischem Selbstgeföhle darauf hinarbeitete, daß Schleswig und Holstein unter Verlust ihrer Unabhängigkeit als Bestandteil des dänischen Staates in Dänemark einverleibt werden sollten. Wenn der König-Herzog diesem Drängen nachgab, entstand die Frage, ob die Deutschen Schleswig-Holsteins sich ihrer verfassungsmäßig gewährleisteten Selbständigkeit berauben lassen würden. So war die Möglichkeit zu Verwicklungen gegeben. Solche traten im Frühjahr 1848 infolge des ungestümen Drängens des Kopenhagener Volkes wirklich ein, und sie wurden der Ausgangspunkt einer Kette wichtigster Ereignisse, die am letzten Ende zur Vereinigung der Elbherzogtümer mit Preußen geführt haben.

Um die Fragen zu verstehen, um die es sich dabei handelte, sei in Kürze der geschichtliche, rechtliche und verfassungsmäßige Zusammenhang geschildert.

Seit Jahrhunderten saßen die Herzöge der vereinigten Herzogtümer Schleswig und Holstein als Könige auf dem dänischen Thron; um in Dänemark die Thronfolge zu sichern, war im Jahre 1665 durch das Königsgesetz bestimmt worden, daß die Nachfolge auch der weiblichen Nachkommenschaft des Königshauses zustehen solle. In Schleswig-Holstein wurde dieses Gesetz nicht eingeführt, so daß es bei dem alten deutschen Rechte verblieb, wonach die Frauen und ihre Nachkommen von der Thronfolge ausgeschlossen waren.

Gegen das Ende der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stand das Aussterben des regierenden Zweiges des Hauses Holstein in Aussicht, da der Erbe Christians VIII. der letzte dieses Stammes war und keine Kinder hatte. Nach dem dänischen Königsgesetze sollte ihm das Haupt des Zweiges Glücksburg folgen, dessen Anwartschaft durch die weibliche Linie vermittelt war; nach deutschem Rechte jedoch war dieser Zweig in den beiden Herzogtümern nicht erbberichtigt, sondern der durch den Mannesstamm verwandte von Augustenburg. Es mußte also der Fall eintreten, daß die bisher unter einem Herrscher stehenden Länder (sog. Personal-Union) Dänemark und Schleswig-Holstein von nun an unter zwei verschiedenen Fürsten stehen würden.

Das wurde aber in Dänemark als eine Minderung des Staates aufgefaßt, die man nicht zulassen wollte; bei der Klarheit der Rechtslage war das nur möglich durch Rechtsbruch und Gewalt.

Auf das Drängen dieser dänischen Partei erließ König Christian VIII. am 8. Juli 1846 eine Kundgebung, in der er anordnete, daß auch nach dem Aussterben seines Hauses Dänemark und Schleswig-Holstein unter demselben König-Herzog aus dem Hause Glücksburg stehen sollten; dagegen legten sowohl die Stände der Elbherzogtümer, wie das Haupt des Hauses Augustenburg feierlich Verwahrung ein.

Anfang 1848 starb der König; als sein Nachfolger Friedrich VII. mit seinem Entschlusse zögerte, brach am 20. März ein Aufstand aus; das Volk in Kopenhagen verlangte, daß Schleswig und Holstein jetzt dem Königreich Dänemark in aller Form einverleibt werden sollten.

Der neue König gab nach.

Dagegen empörte sich das Rechtsbewußtsein der Schleswig-Holsteiner; sie erkannten Friedrich VII. nicht an und setzten eine „provisorische Landesregierung“ mit dem Grafen Friedrich zu Reventlow und Rechtsanwalt Wilhelm Beseler an der Spitze ein, beides besonnene und bedeutende Männer, die schon damals dem stürmischen Teile der Bevölkerung nicht als entschieden genug galten.

Diese Landesregierung bildete sofort ein Heer und rüstete zum Widerstande; unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, die ihren Ausdruck fand in dem von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen gesungenen Kampfliede „Schleswig-Holstein meerumschlungen“, ließen Preußen und andere Bundesstaaten Hilfstruppen einrücken. Der Oberbefehl wurde dem preussischen General von Wrangel übertragen, der das dänische Heer unter dem Jubel Deutschlands am 23. April 1848 bei Schleswig besiegte und sogar bis in das dänische Jütland vorrückte.

Da zog Preußen sich zurück: die dänische Flotte hielt die Ostseeküste blockiert und schädigte dadurch den preussischen Handel empfindlich; mit fleinlicher Rücksicht darauf, aber auch unter dem Drucke englisch-russischer Drohungen, schloß der Minister von Arnim für die Dauer von sieben Monaten den Waffenstillstand von Malmö, der einen Sturm der Entrüstung in allen deutschen Gauen, vor allem aber in den Elbherzogtümern erregte (August 1848).

Diese verharrten im Kampf und erhielten Unterstützung aus Bayern und Sachsen: der Erfolg war auf ihrer Seite, indem sie bei Edernförde die dänische Flotte durch die Wegnahme der Fregatte Gefion schädigten und die Düppeler Schanzen erstürmten; am 23. April 1849 folgte der Sieg bei Kolding.

Zum erstenmal zeigte sich unter dem tüchtigen Admiral Bromme eine deutsche Flotte auf dem Meere und bestand einen ehrenvollen Kampf gegen die dänische bei Helgoland (5. Juni 1849).

Nun begannen Rußland und England zugunsten Dänemarks bei dem schwachen Friedrich Wilhelm einzuwirken, der inzwischen auch wieder zu den Waffen gegriffen hatte; zuerst wurde ein zweiter Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark geschlossen, der eine verzwickte Verwaltung der Elbherzogtümer vorsah und dann (im Juli 1850) der Friede; Preußen zog nicht nur seine Truppen zurück, sondern rief auch alle preussischen Offiziere aus dem schleswig-holsteinischen Heere ab; in gleicher Weise verfuhr die andern deutschen Regierungen.

Schleswig-Holstein, „deutscher Sitte hohe Wacht“, war verraten und verlassen; wieder ging ein Sturm der Entrüstung durch das deutsche Volk; aber er kümmerte die Regierungen nicht, die inzwischen ja überall die Volksbewegungen niedergeworfen hatten und mit freiheitsfeindlichen Maßregeln vorgegangen waren.

Die tapfern, ihres Rechts bewußten Schleswig-Holsteiner verteidigten jedoch ihre Unabhängigkeit allein weiter; sie kämpften ohne Glück bei Idstedt (24. und 25. Juli), Missunde (12. September) und Friedrichsstadt (4. Oktober 1850): aber trotzdem hielten sie aus und waren entschlossen, die Waffen nicht niederzulegen, bevor sie ihr Recht durchgesetzt hatten.

Inzwischen war der deutsche Bund wieder ins Leben getreten und

gab sich auf Betreiben Schwarzenbergs dazu her, im Dienste Rußlands, Englands, Frankreichs und Schwedens, die sich zu Dänemarks Gunsten verbündet hatten, von der Regierung der unbefiegten Elbherzogtümer zu fordern, daß sie sich unterwerfe; im Falle des Ungehorsams sollte sie durch österreichische Truppen dazu gezwungen werden.

Alle Scham, alles Ehrgefühl war dem Bunde verloren gegangen, und wir begreifen die Verachtung, die ihm die Aufrechten im Volke zeigten.

Nun hatte Friedrich Wilhelm in Olmütz zugestehen müssen, daß die Österreicher — 20000 Mann, wie zum besondern Hohn unter dem kroatischen General Legeditsch — in Holstein einrückten: damit war das Schicksal der armen Lande besiegelt und sie mußten sich unterwerfen (Januar 1851); ein volles Jahr blieben die Österreicher dort, dann übergaben sie die Herzogtümer im Februar 1852 den Dänen, nachdem diese versprochen hatten, deren Rechte zu achten.

Das besorgten die durch die Unterstützung der Großmächte, die Haltlosigkeit Preußens und den glatten Volksverrat des Bundes zu Siegern gewordenen Dänen in besonderer Weise, die wiederum ein Hohn auf alles Recht war: sie verhängten besonders über das arme Nordschleswig eine harte Gewaltherrschaft und übten Rache an allen, die sich zum Deutschtum bekannten.

Als habe das deutsche Volk noch nicht der Schmach genug erfahren, wurde diese Angelegenheit, die doch niemanden sonst etwas anging, wie Dänemark und das Haus Glücksburg einerseits, und Schleswig-Holstein mit Augustenburg, sowie den deutschen Bund andererseits, einer Versammlung von Diplomaten Englands, Frankreichs, Rußlands, Schwedens, Österreichs und Preußens unterbreitet, die im Frühjahr 1852 in London tagte; ihr Ergebnis war das Londoner Protokoll, durch das, dem Rechte zuwider, der Anspruch der Glücksburger auch für die Elbherzogtümer anerkannt wurde — freilich mit der Bestimmung, daß beide nicht in Dänemark förmlich einverleibt werden dürften, sondern nur bei weiterhin getrennter Regierung denselben Herrscher haben sollten (Personal-Union).

Damit war Schleswig-Holstein den Dänen ausgeliefert; wie sie sich nicht um ihr Versprechen an Österreich gekümmert hatten, so verletzten sie jetzt auch ungestraft das Londoner Protokoll.

Harte Tage kamen für das verratene Land — aber kein deutscher Staat rührte den Finger.

Das Ende — die Reaktion.

So lief die anfangs siegreiche deutsche Volksbewegung des März 1848 in eine schmachliche Niederlage aus, der ein edler deutscher Stamm geopfert wurde.

Das große Frankfurter Parlament und das Erfurter Parlament hatten

umsonst getagt; kein Reich war erstanden, nicht einmal die Union; Preußen gedemütigt; Österreich Sieger, und mit ihm die Mächte der Reaktion, verkörpert im neuen Bundestag.

Ein letzter Rest der schönen, hoffnungsvollen Zeit war noch übrig geblieben, die paar Schiffe der deutschen Flotte, mit der Bromme sich so wacker auf der See gezeigt hatte; auch diese Erinnerung an den deutschen Volksfrühling sollte beseitigt werden, deshalb ließ der Bundestag sie durch Hannibal Fischer öffentlich meistbietend versteigern.

Eine Schmach für alle Deutschen!

Eine schlimme traurige Zeit für alle Aufrechten, Ehrliebenden. Es kamen die Tage der Reaktion in Preußen, wie sie in Österreich vorher schon begonnen hatten; dem argen Beispiel folgten Hessen-Darmstadt, Nassau, Mecklenburg, Sachsen und Hannover. Schwer lastete der Druck der Polizei auf dem öffentlichen und geistigen Leben; es waren dumpfe, freudlose Jahre. Nur in Bayern, Württemberg und Baden wußte das Volk seine Rechte zu wahren und hatte das Glück, Herrscher zu haben, die die beschworenen Verfassungen achteten. So wurden von neuem die Grenzen zwischen Nord- und Süddeutschland vertieft. Während Österreich seine Großmachtpolitik weiter vertrat, verzichtete Preußen eigentlich auf jede tätige äußere Politik; es war, als sei jeder Wille zur Lebensbetätigung aus diesem Staate des vierten Friedrich Wilhelm geschwunden. In allem schielte er ängstlich und unselbständig nach Rußland und Österreich.

Nach Schwarzenbergs Tode (1852) ging die Führung in der großen Politik von Österreich auf den französischen Kaiser Napoleon III. über, der auch bald in ein vertrautes Verhältnis zu England trat, wo seit 1837 Königin Viktoria herrschte; es entstand das Einvernehmen der „Westmächte“, die sich den Anschein gaben, den „reaktionären“ Ostmächten gegenüber die Politik der Freiheit zu vertreten, in Wahrheit aber nur ihren eigenen Vorteil im Auge hatten. Der Krimkrieg, den sie aus hier nicht zu erörterndem Anlaß im Bunde mit der Türkei und Sardinien gegen Rußland führten, endete mit der Niederlage dieses Staates; damit war Rußlands Vormachtstellung im Osten wenn auch nicht beseitigt, so doch geschwächt, und Napoleon III. sah sich zum maßgebenden Manne Europas erhoben.

In Preußen wurde trotz der üblen Erfahrungen, die man in Olmütz durch den nichtkriegsfertigen Zustand des Heeres gemacht hatte, nicht einmal für das Heer wirklich gesorgt; nach Zahl und Ausrüstung, Führung und Bildung kam es herab, und mit schwerer Sorge sah des Königs Bruder, der geistesklare, tüchtige, nüchterne Prinz Wilhelm von Preußen diese Säule des Staates erschüttert. Er hatte mit Ingrimms und bebendem Zorn zuschauen müssen, wie sein Bruder von Niederlage zu Niederlage schritt; er war aber dem Könige gegenüber ohne Einfluß.

Noch einmal mußte Preußen das Leid einer solchen durchmachen, als im Jahre 1856 in dem preußischen Neuenburg an der schweizerisch-französischen Grenze die Führer der königstreuen Partei von den am Ruder befindlichen Radikalen in einen Hochverratsprozeß verwickelt und verurteilt wurden. Der König wollte Gewalt anwenden und Truppen nach diesem fernen Außenposten schicken; Napoleon III. mischte sich ein, und es begannen langwierige und unerfreuliche Verhandlungen, die damit endeten, daß Preußen im Mai 1857 auf Neuenburg ohne irgend welche Entschädigung verzichtete.

Im Juli desselben Jahres traf den König ein Schlaganfall, der sich wiederholte; so mußte Prinz Wilhelm zuerst mit der Stellvertretung beauftragt werden, und dann, als sich beim König die Anzeichen der Gehirnerweichung bemerkbar machten, der Verfassung gemäß als nächster am Throne die Regentschaft übernehmen (7. Oktober 1858).

Der neue Herr fand eine üble Erbschaft: denn es war kein Zweifel, daß Preußen seit 1848 überall ohne Schwertstreich zurückgewichen war und an Achtung und Ehre schwere Einbuße erlitten hatte.

König Wilhelm I.

Die erste Tat des Regenten war die Entlassung des reaktionären Ministeriums Manteuffel und die Berufung eines liberalen unter dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern; Preußen atmete auf und blickte voll Vertrauen auf den neuen Lenker seiner Geschicke.

Der verdiente auch solches Vertrauen.

Prinz Wilhelm war ganz anders als sein königlicher Bruder geartet: ein Mann strenger Pflichterfüllung, durch und durch Soldat, ohne den Flug hoher Gedanken, aber mit einem guten, den Dingen auf den Grund gehenden Verstande begabt, erfüllt von fester Staatsgesinnung und von Stolz auf sein Preußen; weder konservativer, noch liberaler Parteimann, aber entschlossen, die bestehende Verfassung zu achten; fromm ohne Frömmerei; leutselig, ohne Sucht nach Volkstümlichkeit; von seiner Stellung durchdrungen, aber ohne Hoffart und Eitelkeit.

Das war der Nachfolger Friedrich Wilhelms IV. — kein Genie, keine hinreißende Persönlichkeit, aber ein Mann, der der Welt den Beweis lieferte, daß ein zum Throne Berufener seinem Volke keinen größeren Dienst leisten kann, als wenn er dem Genie freie Bahn macht und es neidlos wirken läßt. Der höchste Ruhm Wilhelms sollte werden, daß er Männer wie Roon und Moltke dauernd festhielt, die ihm beide an Willen, Geist und Tatkraft überlegen waren, vor allem aber, daß er die weltgeschichtliche Größe Bismarcks neben sich wachsen sah, ohne der Krankheit der Könige zu verfallen, der Eifersucht, der Furcht, durch den Ruhm des Ratgebers in den Schatten gestellt zu werden.

Und diese höchste Königstat des Hohenzollern dankte das Volk mit dem richtigen Gefühl für das Sittliche, Edle, indem es ihm, der der erste Kaiser des neuen Reiches werden sollte, ein unendliches Maß von Liebe und Verehrung entgegenbrachte. So wuchs er hinein in eine Stellung ohnegleichen, der Kaiser Weißbart, der auferstandene Rotbart, und zeigte, daß ein Fürst ohne überragende Eigenschaften zum Beglucker seines Volkes, ja zum großen Herrscher werden kann, wenn er sich — Pflichtgefühl mit Selbsterkenntnis verbindend — dem Rate von Männern unterordnet, die dort, wo sein eignes Können nicht ausreicht, ersetzen, was ihm abgeht.

Nicht als ob dieser wahrhaft edle Fürst sich unbedingt seinen Ratgebern ausgeliefert hätte; er blieb immer der Herrscher, er behielt immer die Entscheidung in der Hand — aber er war bescheiden und selbstlos und vertraute dem Sachverständnis seiner Ratgeber.

Ein Verhältnis, wie es zwischen ihm und Roon, wie Moltke bestanden hat, kennt die Weltgeschichte kaum, gewiß aber keines wie das zwischen ihm und Bismarck.

So war es möglich, daß Kräfte schalten und walten konnten, die Wilhelm I. im hohen Greisenalter auf den Gipfel eines weltgeschichtlichen Ruhmes erhoben und sein Preußen von Sieg zu Sieg führten.

Noch aber stand er erst am Anfang seiner Laufbahn, die ihn durch Mühen und Sorgen hindurchführen sollte. Drei Dinge standen ihm vor Augen, als er sein Königsamt, zunächst als Regent, antrat: Preußen wieder seine Stellung in der auswärtigen Politik zu erobern; das Heer wieder zu einer zuverlässigen Stütze des Staates zu machen; ehrlich und Hand in Hand mit der Volksvertretung zu regieren. Den Entschluß zum Frieden mit seinem Volke befundete er durch die Berufung eines liberalen Ministeriums. Eine erfolgreiche äußere Politik setzte ein schlagfertiges Heer voraus; darum war seine nächste Sorge, auf diesem Gebiete gut zu machen, was sein Bruder vernachlässigt hatte.

Hier war er ganz in seinem Element, selbst Sachverständiger und Schöpfer. Er kannte das preußische Heer in allen Einzelheiten, seine Schwächen, die Lücken seiner Einrichtungen. Seine Arbeit ging darauf, die Friedensstärke, die länger als 40 Jahre trotz des schnellen Wachstums der Bevölkerung stehen geblieben war, der Volkszahl entsprechend zu erhöhen, die dreijährige Dienstzeit zur völligen Ausbildung der Mannschaften durchzuführen und die Dienstpflicht in der Reserve zu verlängern, in der Landwehr zu verkürzen. Damit wäre die Heeresstärke fast verdoppelt worden und dem Lande eine Ausgabe von jährlich 80 Millionen Mark erwachsen. Wenige Jahre später verkannte niemand, daß diese Forderungen berechtigt waren, damals aber wurde das liberale Bürgertum kopfschüttelnd und wollte die Notwendigkeit der Heeresreform nicht einsehen.

So kam der wohlmeinende Fürst — seit dem 2. Januar 1861 König

— wider seinen Willen in ein gespanntes Verhältnis zur Volksvertretung und schließlich in schärfsten Gegensatz.

Tastende Versuche in der auswärtigen Politik und in der Frage der deutschen Einheit können hier übergangen werden; die Entscheidung für die Zukunft lag darin, ob die Heerespläne des Königs durchgeführt werden konnten.

Seine militärischen Berater waren der Generalstabschef Helmut von Moltke und der Kriegsminister Albrecht von Roon, beide, wie er, durchdrungen von der Notwendigkeit des Geforderten. Moltke, der ältere von beiden, ein Geist von unerschöpflichem Reichtum, ein reiner, lauterer Mensch, eine liebenswürdige Persönlichkeit, ein unübertroffener Kenner der Kriegslehre und Geschichte, dabei einer der größten Feldherren aller Zeiten: ein wahrhaft großer Mann, dessen Bedeutung die Welt erst später in drei Kriegen erkennen sollte; jetzt war er der Öffentlichkeit kaum bekannt und arbeitete still in den Schreibstuben des Generalstabs über seinen Plänen und an der Ausbildung seiner Offiziere.

Um so breiter stand Albrecht von Roon vor der Öffentlichkeit da, ein Held der Pflichterfüllung, ein unerschrockener Diener seines Königs, der unbeugsam seine gute Sache vertrat; ein Charakter ohne Fehl, treu wie Gold, ein edler Mensch, ein unermüdlicher Arbeiter; scharf und trozig, recht ein Preuße und stolz auf sein Volkstum. Er war berufen, die Verhandlungen mit der Volksvertretung zu führen. Beide, Moltke und Roon, entstammten — wie auch ihr gewaltiger späterer Genosse Bismarck — dem niederen Adel; aus Armut und Enge mußten die beiden sich hervorarbeiten, und sind, obwohl adligen Geblüts, doch durch die Nöte ihrer Jugend rechte Söhne des Volkes.

Im Jahre 1860 hatte der Landtag auf ein Jahr die Mittel für die Heeresreform bewilligt, und dies im folgenden Jahre wiederholt; auf Grund davon waren neue Regimenter aufgestellt und auch im übrigen das Heer eingerichtet worden. Die Fortschrittspartei, seit der Wahl im Dezember 1861 im Landtag die herrschende, lehnte die weitere Bewilligung der Geldmittel ab und stellte damit die ganze Reform in Frage. Was sollte geschehen? Sollte man die Truppenteile auflösen, die Offiziere entlassen?

Der König dachte nicht daran nachzugeben, löste den Landtag auf und berief ein konservatives Ministerium; die Wahlen vom Mai 1862 brachten die Fortschrittspartei nur verstärkt zurück, und der Landtag lehnte wiederum alle Heeresforderungen ab.

König Wilhelm stand vor einem schweren Entschluß: er wollte den Willen des Volkes achten, er wollte ehrlich die Verfassung einhalten — aber er durfte nach seinem Gewissen in dieser Frage der Heeresreform, von der die Zukunft des Staates nach seiner Überzeugung abhing, nicht

nachgeben. In schwerer Sorge, in Gewissensnöten, treu beraten von seinem Roon, entschloß er sich, den Kampf um das Heer aufzunehmen.

Roon wies seinen König auf den Mann, der allein den Kampf durchführen könne, auf Otto von Bismarck-Schönhausen, den preußischen Gesandten in Paris, mit dem er seit Jahren in engem freundschaftlichem Verkehr und Briefwechsel stand und von dem er wußte, daß er seinem König auch den schwersten Dienst nicht weigern werde.

Lange schwankte König Wilhelm; er wußte, wie verhaßt Bismarck den Liberalen von der Zeit des vereinigten Landtages her war, wußte, daß er als „Reaktionär“ schlimmster Art angesehen wurde. Er mußte fürchten, daß die Berufung dieses Mannes als eine Herausforderung der Fortschrittspartei aufgenommen werde! Aber es war kein Ausweg, er selbst kannte keinen anderen Helfer, und so beauftragte er am 22. September 1862 den von Roon aus Paris Herbeigerufenen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministerpräsidenten.

Wirdich brauste die Empörung in allen liberalen Kreisen auf, daß dieser „Junke“, diese „Vertörperung des Rückschritts“ zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen wurde.

Belastet mit dem Haß, ja mit der Verachtung aller freisinnig Gesinnten ging Bismarck ans Werk; er fühlte sich frei von dem, was die öffentliche Meinung ihm Schuld gab, und hoffte, sie bald durch sein unbefangenes, redliches Bemühen um eine Verständigung überzeugen zu können.

Das hoffte er vergebens — mit solchem Menschen gab es für die Liberalen kein Vertragen, keinen Frieden; mit Bismarck wollte die Fortschrittspartei keinen Vergleich, und so begann der Kampf in der schärfsten Form.

Das Land und der König mußten das Heer haben — die Volksvertretung verweigerte die Mittel — das Heer war aber auf Grund vorläufiger Bewilligung schon da — es wurde unter den Fahnen behalten, ohne daß der Landtag das Geld wieder bewilligt hatte; wiederholt mußte die entrüstete Volksvertretung heimgeschickt werden, nicht einmal der Staatshaushalt wurde genehmigt, und doch erhob die Regierung Steuern und Abgaben und machte die nicht bewilligten Ausgaben.

Verfassungsbruch, riefen die Liberalen — nein, antwortete Bismarck: Staatsnotwendigkeit.

Wer hatte Recht? Wie immer im Leben der Völker der, der das Notwendige tut, nicht wer das geschriebene Recht vertritt.

Wir können den schweren Kampf zwischen dem Ministerpräsidenten — dazu wurde Bismarck am 8. Oktober 1862 ernannt — und dem Landtag nicht im einzelnen verfolgen. Genug, der furchtlose Mann hielt allen Stürmen stand und verschaffte seinem König das Heer.

Wunderbar, wie die beiden sich einer Welt von Haß entgegenstemmen, der König an der Schwelle des Greisenalters und sein kraftstrotzender Minister; wunderbar, wie sie einander die Treue hielten seit jener denkwürdigen Unterredung im Parke zu Babelsberg, wo Bismarck den König von der Abdankung zurückhielt, bis zu dem Augenblick, da der gütige, edle Kaiser die Augen für immer schloß. Sie lebten der Welt das erhebende Schauspiel vor, wie ein deutscher Mann sich aus eigenem Entschluß seinem Fürsten weihet und wie dieser Fürst in voller sittlicher Vergeltung dem Manne sich anvertraut. Alles in allem: erlebtes Heldenlied von deutscher Treue.

Otto von Bismarck.

Ein Kind der Altmark, war er am 1. April 1815 im Schlosse Schönhausen als Sohn des Rittergutsbesizers Ferdinand von Bismarck und seiner Ehefrau Luise Wilhelmine geb. Menten geboren. Bedeutende Menschen waren wohl beide Eltern nicht, aber danach fragt das Schicksal nicht, wenn es ein Genie hervorbringt. Ein gesunder Knabe, wild die Freiheit des Landlebens genießend; zu bald ein Zögling der Plahmannschen Anstalt, in die er noch nicht sieben Jahre alt gegeben wurde, und dann des Gymnasiums zum grauen Kloster in Berlin, in dem er sich eine umfassende Bildung aneignete. Mit 17 Jahren schon ein flotter Korpsstudent in Göttingen, stets bei der Hand mit dem Schläger, stets zu tollen Streichen geneigt; dann für nicht zu lange Zeit Auskultator an mehreren Gerichten, sowie an den Regierungen in Aachen und Potsdam, wo er mit Unlust den Altenstaub schluckte. Bald davon abgestoßen, kehrte er aufs Land zurück nach Kniephof, einem der pommerischen Rittergüter seines Hauses; endlich übernahm er die Verwaltung des Stammgutes Schönhausen. So lebte er als Landwirt im Kreise von Standes- und Berufsgenossen, ganz ein preussischer Junker und stolz auf seine Zugehörigkeit zum alten Adel. Er wurde Deichhauptmann, genügte seiner Wehrpflicht als Landwehr-offizier, ging auf die Jagd — aber arbeitete auch, wenn es über ihn kam, mit heißem Verlangen geistig, und sammelte einen unerschöpflichen Schatz an, den er sich aus Geschichte, schönem Schrifttum, volkswirtschaftlichen und politischen Werken erlesen.

Da kam er im Mai 1847 als Stellvertreter eines erkrankten Standesgenossen in den Vereinigten Landtag, zweiunddreißigjährig, und sofort zog er die Beachtung aller auf sich: ein Redner von schlagfertigem Witz, von Eigenart — doch mehr: ein selbständiger Denker — noch mehr: ein staatsmännischer Kopf und ein Charakter zugleich.

Nachdem König Friedrich Wilhelm seine Verfassung gegeben, wird Bismarck von seinem heimatlichen Kreise zum Abgeordneten für den Landtag gewählt. Schroff stellt er sich dort der Revolution und der liberalen

Richtung entgegen; ganz Preuße, ganz königstreu, will er von den Redensarten vom Reiche und vom Kaiser nicht viel wissen. Er lehnt auch die Erweiterung der Volksrechte ab und gefällt sich darin, in vielleicht bewußt übertreibender Weise die liberalen Gegner durch feste Angriffe zu reizen. In Erfurt im Unionsparlament hält er sich wie im preußischen Landtag.

Die preußischen Reaktionäre sind entzückt von der jungen Kraft; sie sehen Bismarck ganz als den ihren an, wie er denn trotz seiner Jugend bald als einer der konservativen Führer betrachtet wurde und eifrig für die neu gegründete Kreuzzeitung schrieb; alle Freiheitlichen gewöhnen sich daran, in ihm das Vorbild des entschlossensten Rückschrittlers, einen „roten Junker“ zu erblicken.

König Friedrich Wilhelm lernt den lebensvollen Streiter für sein Fürstenrecht kennen, gewinnt ihn lieb und gefällt sich in dem Gedanken, ihn zu Höherem zu erziehen. Ein grimmer Widerspruch: dies seines Weges sichere politische Genie als Zögling des politisch irrlichterierenden Schöngeists auf dem Throne!

Als der Bundestag wieder hergestellt und Preußen in Olmütz zum Eintritt gezwungen war, schickte der König Bismarck als Gesandten nach Frankfurt. Nun beginnt seine hohe Schule; als sein eigener Schüler lernt er dort die Menschen kennen, die des deutschen Volkes Geschicke lenken wollten, sieht er die unendliche Kleinheit der meisten, die Nichtigkeit ihrer Gedanken. Die Schwächen der Unpolitik seines Königs hatte er längst durchschaut, auch die Fehler der Parlamente. Sein klarer Geist erkennt: politische Ansprüche darf nur erheben, wer die Macht hat, sie durchzusetzen; als schlimmster Verstoß gegen den heiligen Geist der Politik, die ihm eine Kunst ist und keine Wissenschaft, erscheint ihm, Ansprüche ohne die zu ihrer Durchsetzung notwendige Macht zu erheben; Wille und Durchführbarkeit müssen sich decken.

So wird er zum größten „Realpolitiker“, den unsere Geschichte aufzuweisen hat. Dabei erweitert sich sein tapferes preußisches Herz zum deutschen; er lernt die Sehnsucht nach dem großen deutschen Staate verstehen, weiß aber, daß dies Ziel nicht mit Festen und Reden erreicht werden kann.

Der österreichischen Politik sieht er bis ins Innerste und durchschaut, auf wie schwachen Füßen sie steht; dem politischen Treiben der Mittel- und Kleinstaaten geht er nach und erfährt den Widerspruch, der in ihrer tatsächlichen Macht- und Hilflosigkeit und ihren Ansprüchen liegt.

In meisterhaften Denkschriften und Berichten legt er seine Anschauungen und Erfahrungen nieder, scharf zeichnet er seine politischen Mitspieler am Bundestage — und dabei schreibt er Briefe von wunderbarer Reinheit und Wärme an Gattin und Schwester — dabei ist er ein köstlicher Gesellschafter und gibt sich ohne Zwang als fröhlicher sorgloser Lebensfreund.

Freilich, wenn er die Rechte seines Königs oder Staates vertritt, dann versteht er keinen Spaß.

So wuchs er sich aus, so bereitete er sein Rüstzeug, und zum guten Deutschen geworden; schreibt er seinem vorgelegten Minister, er sehe in dem Verhältnis Preußens zu Österreich ein Gebrechen, das „ferro et igni“ (durch Eisen und Feuer) geheilt werden müsse; denselben Gedanken hat er später im Abgeordnetenhaus mit der berühmten Erklärung wiederholt: „nicht durch Mehrheitsbeschlüsse und Reden werde die deutsche Frage gelöst, sondern nur durch Eisen und Blut“.

Das hieß: mit Habsburg kann Hohenzollern sich über das künftige deutsche Reich nicht verständigen; Österreich hat keinen Platz im Reiche; Preußen muß dies Österreich mit dem Schwerte aus dem Reiche verdrängen; dann erst ist das Kaisertum der Hohenzollern möglich, das kleine Deutschland der Frankfurter Kaiserpartei.

Vom Bundestage kam Bismarck nach Petersburg; dort studierte er die russische Politik an der Quelle, erweiterte seine Menschenkenntnis und knüpfte wertvolle persönliche Beziehungen an; dann wurde er nach Paris geschickt, wo er bald Napoleons Vertrauen gewann und in dessen Ränke-
spiel Einblick erhielt.

In diesem Augenblicke rief ihn sein König auf Ruons Rat. Er folgte dem Rufe, und aus innerster Überzeugung führte er den Kampf um das Heer, weil er wußte, daß nur die Macht im Leben der Völker Recht gibt, und weil er erkannt hatte, daß nur durch Blut und Eisen die deutsche Frage zu lösen sei.

So war er von vornherein dem Landtage gegenüber sittlich im Rechte — und die Geschichte hat ihn, den ritterlichen Streiter für seinen guten König, glänzend gerechtfertigt. Als er nach Berlin kam, war er längst kein Junker mehr, kein konservativer Parteimann; seine deutsche Gesinnung hatte ihn auch nicht zum Liberalen gemacht; er war keines von beiden, aber entschlossen, alle Kräfte zu benutzen, die zum gedeihlichen Ziele führten.

Ein festes „Programm“ hatte er nicht, er hat es selbst gesagt, daß ein Staatsmann „nach Programmen“ nicht wirken kann; er wollte aber jede Gelegenheit ergreifen, um sein Preußen zu stärken, in dem er den natürlichen Mittelpunkt des zukünftigen Deutschland erblickte.

So arbeitete er von Fall zu Fall — aber aus einem einheitlichen Entschluß nach einem fest ins Auge gefaßten Ziele, das er nicht nennen durfte. Mit beispielloser Sicherheit erkannte er jeden Fehler der Gegner und mit erfolgswisser Entschlossenheit nützte er sie aus.

Ein echter Staatsmann, ein Mensch aus einem Gusse: ein großes Herz, ein schärfster Verstand, ein tiefes Wissen, umfassende Bildung, ein un-

bestechliches Urteil — vor allem aber ein leidenschaftlicher Wille, der sich selbstlos in den Dienst seines Königs und seines Vaterlandes stellte.

* * *

Es ist klar, daß der Kampf mit dem Landtag Bismarck nicht allein in Anspruch nahm; daneben gingen die Verhandlungen mit Österreich und den deutschen Staaten wegen der deutschen Zukunft und die auswärtige Politik zur Hebung des preußischen Ansehens.

Im Sommer 1863 lieferte er den Beweis, wie ernst es ihm, dem „Reaktionär“, um die Wahrung der Volksrechte zu tun war, indem er den Kurfürsten von Hessen zwang, die Verfassung anzuerkennen.

Im August desselben Jahres tagte in Frankfurt a. M., von Kaiser Franz Josef eingeladen, ein Fürstentag, um die deutsche Frage zu erörtern; es wurde ein „Direktorium“ von fünf Fürsten unter Österreichs Vorsitz ins Auge gefaßt; daneben sollte der Bundestag als Oberhaus und ein Parlament aus Abgesandten der einzelstaatlichen Landtage als Unterhaus bestehen. Da Bismarck wußte, daß die deutsche Frage nicht im Wege der Verständigung mit Österreich gelöst werden konnte, veranlaßte er seinen König, jenem Fürstentage fernzubleiben, so daß dort kein Beschluß zustande kam.

Inzwischen waren die Dänen mit einem schweren Bruch des Londoner Protokolls gegen Schleswig-Holstein vorgegangen; viel hatte der Bundestag seit zehn Jahren hingenommen — würde er auch die neueste dänische Anmaßung ertragen?

Mit scharfem Blick erkannte Bismarck, daß die Schicksalsstunde für Preußen geschlagen habe, und schickte sich an, sein staatsmännisches Meisterstück zu liefern.

Der dänische Krieg.

Die großmacht-gierige Partei in Kopenhagen, die „Eiderdänen“, hatten eine Staatsverfassung durchgesetzt, durch die Schleswig mit dem Königreich vereinigt werden sollte, obwohl beide Elbherzogtümer nach ihrer eigenen Verfassung „up ewig ungedeeft“ verbunden waren, und obwohl diese Änderung den Londoner Beschlüssen widersprach.

Auf Preußens Antrag beschloß der Bund, im Wege der sog. „Exekution“ Dänemark daran zu hindern und beauftragte Sachsen und Hannover mit der Durchführung. Nun starb König Friedrich VII. und sein Nachfolger, der Glücksburger Christian IX., bestätigte die neue dänische Verfassung.

Meisterhaft verstand Bismarck das Londoner Protokoll auszunutzen. Was einst eine Schmach für Preußen war — jetzt wurde es eine scharfe Waffe. Er wies nach, daß Dänemark jenen von England, Rußland, Frankreich, Schweden und den beiden deutschen Großmächten

unterfertigten Vertrag verlegt habe; daraus erwachse für Preußen und Österreich das Recht, gegen den Vertragsbruch als europäische Großmächte, nicht als Mitglieder des deutschen Bundes, einzuschreiten; die mitunterzeichneten Mächte konnten, an ihre Unterschrift gebunden, beide daran nicht hindern, da der Rechtsbruch Dänemarks unbestreitbar war; Österreich selbst hatte als Großmacht die Pflicht, den dänischen Übergriff nicht zu dulden.

So legte Bismarck die fremden Mächte fest und verband sich Österreich; mit ihm zusammen verlangte er anfangs 1864 die Aufhebung der dänischen Verfassung. Als Dänemark sich weigerte, wurde der Krieg erklärt, und ein Heer von 60000 Mann (23000 Österreicher und 37000 Preußen) rückte unter Feldmarschall Wrangel in Schleswig ein; unter ihm führte der hervorragende General von Gablenz die Österreicher; die Bewegungen leitete der Generalstabschef von Moltke, zuerst von Berlin aus, dann selbst im Hauptquartier.

Die Verbündeten waren von vornherein erfolgreich, so daß die Dänen sich zurückziehen mußten; doch kam es bei der eigenwilligen Befehlsführung des alten Wrangel zu keinem größeren Schlag. Nachdem Prinz Friedrich Karl von Preußen den Oberbefehl übernommen hatte, wurden in glänzender Tapferkeit die Düppeler Schanzen erstürmt (18. April 1864), so daß die Dänen weiter weichen mußten und Waffenstillstand nachsuchten. Als die Verhandlungen scheiterten, wurde der Kampf Ende Juni wieder aufgenommen; am 29. Juni gelang den Preußen unter Herwarth von Bittenfeld der Übergang nach der Insel Alsens, wo die Dänen entscheidend geschlagen wurden.

Neue Verhandlungen folgten, die am 30. Oktober zum Frieden von Wien führten: darin trat König Christian IX. Schleswig-Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich ab.

Nun erwartete die öffentliche Meinung in Deutschland, vor allem in den Elbherzogtümern, daß die beiden siegreichen Großmächte die von Dänemark befreiten Lande dem dort schon Ende 1863 zum Herzog ausgerufenen Prinzen Friedrich von Augustenburg übergeben würden. Aber daran dachte Bismarcks realpolitischer Sinn nicht; er hielt es nicht für gut, an so wichtiger Stelle an der Verbindung zwischen Nord- und Ostsee einen neuen Kleinstaat zu schaffen; ließ sich das ganz und gar nicht umgehen, so sollte Preußen wenigstens dadurch gesichert sein, daß Land- und Seestreitkräfte, Eisenbahnen und Post, sowie die Festungen und Häfen des Landes Preußen unterstellt würden. Dem widersprach Österreich, das den Augustenburger begünstigte; dieser fügte sich den preußischen Forderungen nicht, so daß ein neues Zerwürfniß da war.

Einnütig stellte die öffentliche Meinung sich gegen Bismarck; die Schleswig-Holsteiner waren empört über seine Haltung; König Wilhelm

selbst schwankte unter dem Einfluß seines Sohnes, des Kronprinzen Friedrich Wilhelm; die Bevollmächtigten der beiden Mächte, die gemeinschaftlich die Verwaltung der Herzogtümer führten, gerieten in offenen Zwiespalt. Aber Bismarck blieb fest und überzeugte seinen Herrn; es gelang ihm auch, mit der österreichischen Regierung das Einverständnis wieder herzustellen: im Vertrag zu Gastein (14. August 1865) wurde in der Hauptsache vereinbart, daß Lauenburg gegen Zahlung von 2½ Millionen Talern an Preußen falle, wogegen beide Großmächte nach wie vor die Oberhoheit über Schleswig-Holstein zur gesamten Hand behielten; die Verwaltung Schleswigs wurde Preußen, diejenige Holsteins Österreich anvertraut; der Prinz von Augustenburg blieb unberücksichtigt.

Gewiß ein künstliches, auf die Dauer unhaltbares Verhältnis; leicht begreiflich auch, daß das deutsche Volk, dem die weiteren Absichten Bismarcks nicht bekannt sein konnten, das Verhalten des heutigetägigen, preußischen „Partikularisten“ mißbilligte und sich auf die Seite des enttäuschten Augustenburgers schlug.

So ungewiß die Zukunft war: eines war klar, der preußische Ministerpräsident hatte sich als Meister der Diplomatie gezeigt, und das preußische Heer, das Ergebnis der Kämpfe mit dem Landtag, war ruhmbedeckt und bewährt aus dem Kriege hervorgegangen.

Der deutsche Krieg.

Österreich gewann die Überzeugung, daß Bismarcks Politik in der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage auf eine dauernde Stärkung und Vergrößerung Preußens abziele und daß er die Elbherzogtümer dem Prinzen von Augustenburg nur vorenthalte, um sie für Preußen zu erwerben. Man erkannte auch, daß er einen engeren Bund deutscher Mittelstaaten an Preußen angliedern wolle; wie immer, betrachteten die österreichischen Staatsmänner diese Fragen nicht vom deutschen, sondern vom habsburgischen Standpunkte und waren entschlossen, einen Kraftzuwachs des norddeutschen Nebenbuhlers nicht zu dulden.

Der einer dauernden Verständigung zwischen den beiden deutschen Großmächten geneigte, tüchtige und deutschgesinnte Minister des Äußeren Graf Rechberg war im Herbst 1864 über die Frage des Beitritts zum Zollverein gestürzt worden. An seiner Stelle war Graf Mensdorff-Pouilly getreten, der, obwohl selbst versöhnlich, dem mächtigen Einfluß des ihm untergebenen Freiherrn von Biegeleben gegenüber nicht durchdringen konnte; dieser, wie sein gleichgesinnter Amtsgenosse Max von Gagern, war ein geschworener Gegner Preußens; beide waren Süddeutsche, der eine Hessen-Darmstädter, der andere Nassauer, beide nach dem Scheitern der Bewegung des Jahres 1848 in österreichischen Dienst getreten; beide streng ultramontan und partikularistisch. Sie wurden, trotzdem sie nie

an äußerlich maßgebender Stelle standen, die Urheber und Treiber einer verhängnisvollen preußenfeindlichen Politik des Kaiserreichs.

Das Streben nach der deutschen Einheit war auch in den Tagen der Reaktion nicht eingeschlafen und hatte einen mächtigen Antrieb erhalten durch den österreichisch-französischen Krieg, der Habsburg nach den Niederlagen von Magenta (4. Juni) und Solferino (24. Juni 1859) die Lombardei kostete; damals, als Napoleon III. in schroffer Form Österreich vor die Entscheidung über Krieg und Frieden gestellt hatte, war in ganz Deutschland das Gefühl der Zusammengehörigkeit machtvoll rege geworden. Als Kaiser Franz Josef Bundeshilfe heischte, hatte die öffentliche Meinung von Preußen verlangt, daß es selbstlos dem Hause Habsburg beispringe; dabei verkannte man, daß der Fortbesitz der Lombardei nur ein Vorteil des Hauses Habsburg und nicht ein solcher des deutschen Gesamtvolkes sei. Die preußische Politik war trotzdem unter dem Drucke der öffentlichen Meinung bereit gewesen, dem bedrängten Österreich beizuspringen, machte aber zur Bedingung, daß alle deutschen Truppen preußischem Oberbefehl unterstellt würden; dies schien damals dem Kaiser Franz Josef unannehmbar, und er verständigte sich lieber mit Napoleon durch die Preisgabe der Lombardei, als daß er eine Stärkung des Ansehens Preußens im Bunde zuließ.

Aber die Erregung des Volkes dauerte fort, und der Gedanke der deutschen Einheit erhielt eine politische Vertretung im deutschen Nationalverein, der im September 1859 in Eisenach durch Rudolf von Bennigsen und Johannes Miquel begründet wurde; überall entstanden, größtenteils von den Regierungen mit Mißtrauen beobachtet, Zweigvereine, und es begann eine von den bedeutenden Führern trefflich geleitete Bewegung, die in Versammlungen und in der Presse den deutschen Bundesstaat mit „preußischer Spitze“ forderte. Noch im selben Jahre feierte die ganze deutsche Welt den hundertsten Geburtstag Friedrich von Schillers, und in überströmender Begeisterung wurde das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen in Wort und Schrift zum Ausdruck gebracht.

Seitdem sorgten Turnfeste, Schützen- und Sängerkulte dafür, daß die Sehnsucht nach der Einheit im Volke nicht einschlafe: ein jedes Fest war zugleich eine politische Kundgebung des Einheitsdranges.

Die Kanzleien der deutschen Regierungen kamen wieder in Bewegung, und die deutsche Frage beherrschte das innere politische Leben der deutschen Staaten; eine ganze Reihe von Vorschlägen zu ihrer Lösung wurde gemacht, die wir, da sie künstlich und undurchführbar waren, nicht zu betrachten brauchen. Kein Zweifel: das Ansehen Preußens war im Steigen und damit die Erkenntnis, daß nur im Anschluß an Preußen der deutsche Staat errichtet werden könne; da war es für die „preußische Spitze“ schlimm,

daß der „Konflikt“ ausbrach und wieder weite Kreise an dem preußischen Königtum zweifeln machte.

Ungefähr um dieselbe Zeit nahm Österreich unter Schmerlings Leitung einen Anlauf, wieder eine Verfassung einzuführen, so daß die Anhänger Habsburgs, besonders in Süddeutschland, die Behauptung aufstellen konnten, nicht bei Preußen, sondern im Anschluß an Österreich sei das Heil zu suchen.

Jedenfalls zerbrachen die deutschen Minister sich in fortgesetzten Verhandlungen die Köpfe über die Lösung der deutschen Frage, und die öffentliche Meinung verlangte leidenschaftlich endlich die Tat.

So lagen die Dinge, als der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich sich der Elbherzogtümer wegen zuspitzte, daß gleichzeitig auch derjenige der Bundesreform zu einer Schärfe gediehen war, die nach einer Entscheidung verlangte.

Bismarck sah mit dem Blicke des großen Staatsmannes, daß beide Fragen jetzt zusammen gelöst werden mußten; brach der Krieg mit Österreich wegen Schleswig-Holstein aus, so mußte dieser Krieg auch über die Zukunft Deutschlands und die Stellung der habsburgischen Monarchie in Deutschland entscheiden.

Nachdem er durch Vertrag vom 8. April 1866 ein Bündnis mit dem inzwischen aus dem Einheitsdrange des italienischen Volkes unter der großartigen Führung des Grafen Cavour entstandenen Königreich Italien geschlossen hatte, in dem er dem jungen Staate die letzte österreichische Besitzung auf italienischem Boden, Venetien, als Beute in Aussicht gestellt hatte, reichte er am folgenden Tage in Frankfurt den Antrag auf Berufung einer deutschen Nationalversammlung ein, die über die Bundesreform beraten sollte.

So groß war der Haß gegen den „reaktionären Konfliktminister“, daß dieser Schritt von den Liberalen mit Hohn aufgenommen wurde; der preußische Landtag zeigte eine so feindliche Haltung, daß er aufgelöst werden mußte.

Nun tat Österreich seinen Gegenzug: es beantragte am 1. Juni 1866, daß die schleswig-holsteinische Frage durch den Bundestag entschieden werden solle. Das stand im Widerspruch mit dem Gasteiner Vertrag, den Österreich und Preußen als europäische Großmächte geschlossen hatten, nicht als Mitglieder des deutschen Bundes.

Schnell folgte und scharf lautete Bismarcks Antwort; am 7. Juni rückten preußische Truppen in Holstein ein, und am 10. Juni ließ er dem Bundestag einen Verfassungsentwurf überreichen, der für das deutsche Volk unter Ausschluß Österreichs eine Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts forderte.

Am 11. Juni beantragte Österreich, alle Bundestruppen, mit Ausnahme der preußischen, auf Kriegsfuß zu setzen, um gegen Preußen die

„Bundesezefution“ zu betreiben; am Tage darauf schloß es einen bis heute noch unbekannten Bundesvertrag mit Napoleon III.

Bismarck warnte die deutschen Regierungen durch ein Rundschreiben und sprach aus, daß Preußen die Zustimmung zu dem österreichischen Antrag als Kriegserklärung auffassen werde.

Sein fühner Zug: dem deutschen Volke den Reichstag und das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu versprechen, machte manchen stutzig — war das der verschrieene Reaktionär? Es wurden Stimmen laut, die zur Verständigung mahnten, aber sie wurden überschrieen von dem Kampfruf gegen das friedensbrecherische Preußen.

Am 14. Juni fiel die Entscheidung: mit 9 gegen 6 Stimmen wurde der österreichische Antrag in einer von Bayern vorgeschlagenen, abgeschwächten Form angenommen; der preußische Gesandte erklärte durch diese Abstimmung den Bundesvertrag für gebrochen und den deutschen Bund für aufgelöst.

Damit war der Krieg erklärt.

Der Atem des deutschen Volkes stockte; jeder empfand, daß nun die Entscheidung auf Leben und Tod gehe — eine ungeheure Erwartung und Spannung allenthalben.

Die Österreicher fühlten sich des Sieges sicher; die Preußen gingen ruhig an die furchtbar ernste Arbeit; noch einmal verwarnten sie ihre norddeutschen Nachbarn Kurhessen, Hannover und Sachsen; es war vergebens. Zum Bruderkampfe bereit standen sich gegenüber: Österreich mit Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen, Hannover, Nassau und beiden Hessen — auf der andern Seite: Preußen mit den übrigen norddeutschen Bundesstaaten.

Wie wird dies Preußen, zerrissen von den Parteikämpfen des „Konflikts“, den ungeheuren Kampf bestehen können? Großartig die Ruhe, die Umsicht, mit der die Staatsmänner, mit der die Leiter des Heeres voringen; glänzend bewährte sich die Friedensarbeit des genialen Generalstabschefs von Moltke und die Fürsorge des Kriegsministers von Roon; mit der Genauigkeit einer Maschine wurden die Truppenteile auf Kriegsfuß gesetzt und die Heere gebildet und vorgeschoben.

Ein wunderbares Bild nun, wie der kurze Riesenkampf anhebt und in großen Gefechten sich steigert bis zur größten Schlacht des 19. Jahrhunderts, dem Entscheidungskampf bei Königgrätz.

Auf preußischer Seite führte der greise König selbst den Oberbefehl; unter ihm standen Prinz Friedrich Karl und der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen; General von Moltke war der Leiter der ganzen Kriegshandlungen.

Auf Österreichs Seite ruhte der Oberbefehl in der Hand des Feldzeugmeisters von Benedek; der hatte sich auf den verschiedenen

italienischen Kriegsschauplätzen mit Ruhm bedeckt und war der Stolz des österreichischen Heeres; ein glänzender Soldat und tüchtiger Führer — aber kein Feldherr, der der größten Aufgabe gewachsen war; das hatte er selbst erkannt und seinen Kaiser gebeten, von ihm abzusehen; aber der Befehl seines Kriegsherrn zwang ihn an den Platz, den er nur mit Widerstreben und im Gefühl seiner Unzulänglichkeit einnahm. Unter ihm stand der Kronprinz Albert von Sachsen, ein tüchtiger Führer, der sich ausgezeichnet bewährte. In Oberitalien hatte Erzherzog Albrecht den Befehl gegen die Italiener, ein auf diesem Kriegsschauplatz erfahrener und erprobter Feldherr; die österreichische Flotte war dem Admiral von Tegethoff unterstellt.

Es kann nicht unsere Sache sein, die kriegerischen Ereignisse im einzelnen zu schildern; wir können ihren Gang nur im großen andeuten. Die Hauptmasse der Preußen richtete den Marsch auf Böhmen, in Süd- und Norddeutschland wurden verhältnismäßig schwache Abteilungen belassen.

Am 26. Juni überschritten alle Heeresteile die feindlichen Grenzen: glänzende Gefechte bei Münchengrätz, Gitschin, Nachod und Skalitz bereiten die Vereinigung der beiden preussischen Hauptheere vor; am 3. Juli stellt Prinz Friedrich Karl den österreichischen Oberfeldherrn bei Königgrätz; ein schweres Ringen beginnt; mit glänzender Tapferkeit wird auf beiden Seiten gekämpft; lange schwankt die Entscheidung; da gibt am Nachmittag die von Moltke vorherbestimmte Ankunft des kronprinzlichen Heeres den Ausschlag; die Österreicher werden vernichtend geschlagen und verlieren 20000 Gefangene, 5 Fahnen, 161 Geschütze.

Ungeheuer war der Eindruck dieses Ereignisses!

Das hatte die Welt nicht erwartet — hatte doch Erzherzog Albrecht am 24. Juni die Italiener bei Custozza besiegt und die österreichische Kriegstüchtigkeit erwiesen. Und nun diese gewaltige Niederlage!

Kaiser Franz Josef rief Napoleons Vermittlung an; dieser begann Verhandlungen mit Preußen und Italien, die aber ihre kriegerischen Maßnahmen nicht unterbrachen; der Krieg ging fort, und mit rastloser Eile rückten die Preußen gegen Wien vor.

Inzwischen waren im Norden die Hannoveraner am 29. Juni bei Langensalza zur Übergabe gezwungen, und die süddeutschen Feinde Preußens waren in einer Reihe von Gefechten besiegt worden, so die Bayern bei Kissingen (10. Juli), die Hessen bei Laufach (13.), das 8. Armeekorps der Verbündeten bei Aschaffenburg (am 14. Juli).

Überall waren Preußens Fahnen siegreich: glänzend bewährte sich König Wilhelms Heer, glänzend die Kriegsvorbereitungen Roons, glänzend die Führung Moltkes und über alles Erwarten die Tüchtigkeit der unteren Führer.

Unter dem Eindruck der Ereignisse suchten die Gegner Preußens Waffenstillstand nach, der mit Österreich am 26. Juli, mit den Süddeutschen am 2. August zustande kam. Sofort begannen die Friedensverhandlungen, bei denen Bismarck, auf der Höhe seiner staatsmännischen Aufgabe, zwei Ziele vor allem im Auge hatte: schnell zum Abschluß zu kommen, damit Napoleon nicht Zeit gewinne, eine Preußen ungünstige Haltung der bisher unbeteiligten Mächte herbeizuführen, und Österreich zu schonen, um mit ihm ein freundschaftliches Verhältnis zu gewinnen.

König Wilhelm wollte auch von Österreich Gebietsabtretungen verlangen, und der Minister hatte einen harten Kampf mit seinem Herrn zu bestehen, bis es ihm endlich gelang, seiner Meinung den Sieg zu verschaffen.

Das Ergebnis des am 23. August 1866 zu Prag geschlossenen Friedens war dies: Kaiser Franz Josef erkannte die Auflösung des deutschen Bundes an und gab seine Zustimmung zur Neugestaltung Deutschlands ohne Österreich, sowie zur Vornahme der von Preußen beabsichtigten Gebietserweiterungen; er übertrug seine Rechte an Schleswig-Holstein auf den König von Preußen und verpflichtete sich, Venetien an Italien abzutreten; daneben zahlte Österreich eine Kriegsschädigung von 20 Millionen Talern.

Hannover, Kurhessen, Nassau, die Reichsstadt Frankfurt und Schleswig-Holstein wurden in Preußen einverleibt; die süddeutschen Staaten blieben ohne Einbuße — abgesehen von kleinen Gebietsabtretungen, die Bayern und Hessen auferlegt wurden — und schlossen mit Preußen Schutz- und Trutzbündnisse.

Mit den norddeutschen Staaten war ein enges Bundesverhältnis vorgeesehen, das sogleich näher geschildert werden soll.

Eine Nebenfolge der preußischen Siege war, daß Italien, obwohl bei Custoza unterlegen und von Tegethoff in der Seeschlacht bei Lissa (20. Juli) entscheidend geschlagen, Venetien erhielt. So war ein einiges italienisches Reich entstanden, das außer dem päpstlich gebliebenen Rom ganz Italien umfaßte.

Das alles war Bismarcks Werk — ein ungeheurer Erfolg — das Werk des kühnen Staatsmannes, der im preußischen Heere unter glänzenden Führern den Vollstrecker seiner Entschlüsse gefunden hatte.

Stolz durften sein König und er das Haupt erheben, und stolz wiesen sie in der Tat Napoleon III. ab, der als „Ausgleich“ für die preußischen Gebietserwerbungen die Rheinpfalz und Rheinhessen mit der Festung Mainz für Frankreich verlangte.

Hatte die ganze Welt die preußischen Siege mit staunender Bewunderung aufgenommen — in Preußen selbst brach der Bann, den die Verfassungskämpfe zwischen das Volk und den König mit seinen Beratern

gelegt hatten und jubelnder Stolz auf die unerhörte Siegesfolge dieses kurzen, aber glorreichen Feldzugs erfüllte nun alle Kreise.

Edel und großdenkend bot der König der Volksvertretung die Hand zum Frieden: er suchte vom Landtag die nachträgliche Genehmigung für die seit 1862 ohne Haushaltsgesetz vorgenommenen Staatsausgaben nach und erhielt sie mit überwältigender Mehrheit bewilligt.

Der Friede zwischen König und Volk war wieder hergestellt; Preußen vermehrt um große Gebiete, die den Staat endlich zum zusammenhängenden Ganzen abrundeten; der Weg zur deutschen Einheit war freigemacht.

Nun mochte Bismarck dazu weiter helfen!